

Modernes Geld – Der Staat macht es möglich

Eine Einführung in unser Geldsystem gemäß den Erkenntnissen der Modern Monetary Theory

Autorin: Monika Stemmer, weltgewandt e.V.

Inhaltsverzeichnis

1. Überblick	2
MMT beschreibt den Ist-Zustand unseres Geldsystems.....	2
Modernes Geld – Das wichtigste in fünf Punkten.....	2
2. Hintergrundinformationen.....	6
15 Fragen zur Vertiefung	6
1. Was ist Fiatgeld? Und warum ist es so stabil?	6
2. Was sind die großen Vorteile von Fiatgeld? Und was sind die Grenzen?	7
3. Warum haben wir zwei Sorten Geld und wieso dürfen private Banken Geld machen?	8
4. Wie entsteht Giralgeld durch Kreditvergabe? Und wie verschwindet es wieder?	9
5. Ist die Bank reich, weil sie unbegrenzt Giralgeld schöpfen kann?	10
6. Wenn es zwei getrennte Geldkreisläufe gibt – wie kommen dann die Staatsausgaben in den Giralgeld- Kreisläufe und damit in die Realwirtschaft?	11
7. Welche Rolle spielen Staatsanleihen bei der staatlichen Geldschöpfung?	12
8. Wie sieht die Geldschöpfung der Regierung im einfachsten Falle aus? Zum Beispiel in Kanada?	13
9. Von Kanada bis zur Euro-Zone – ist staatliche Geldschöpfung wirklich so einfach?	14
10. Wie geht die gefährdete Eurozone mit der Corona-Krise um?	15
11. Warum sind die Schulden der Regierung nicht vergleichbar mit anderen Schulden?	16
12. Müssen Staatsschulden zurückgezahlt werden? Sollten sie zurückgezahlt werden?	17
13. Wann entsteht Inflation? Und warum ist auch Deflation ein Problem?	18
14. Was sagt eigentlich die neoklassische Konkurrenz? Und wieso macht Kreditgeld einen so großen Unterschied?	20
15. Mehr zur Modern Monetary Theorie?	21
Glossar.....	23
Literatur	26
Quellen.....	28
3. Trainingsmaterial.....	30
Aktivität 1: Gemeinsam einen Staat gründen	30
Aktivität 2. Anschließende Diskussion und Zusammenfassung der Ergebnisse	33
4. Interaktive Übung.....	35
Quiz: Was weißt du über unser Geldsystem?	35

1. Überblick

MMT beschreibt den Ist-Zustand unseres Geldsystems

Woher kommt das Geld? Wieso ist es meist knapp und in Krisen auf einmal schier unbegrenzt verfügbar? Woher nehmen manche Regierungen in Corona-Zeiten auf einmal Hunderte Milliarden von Euro, Pfund oder Dollar? Und wieso können manche Euro-Staaten das nicht? Regierungen, Zentralbanken oder Banken - wer schöpft eigentlich das Geld und wer leiht es wem? Müssen unsere Kinder diese Staatsschulden irgendwann tatsächlich zurückzahlen?

Dieser Artikel hat zum Ziel, die Grundkenntnisse unseres Geldsystems zu vermitteln, die wir benötigen, um diese Fragen zu beantworten. Dafür nutzt er die Erkenntnisse der Modern Monetary Theory (auch bekannt als Modern Money Theory oder kurz: MMT). Derzeit wird die MMT heiß diskutiert, da sie insbesondere das staatliche Währungsmonopol in den Blick nimmt und eine andere Perspektive auf die Staatsschulden aufzeigt. Die Diskussion und die Kritik rund um MMT konzentriert sich dabei meist darauf, was Geld- und Fiskalpolitik tun oder nicht tun sollten, also auf normative Fragen. Dieser Artikel beginnt dagegen mit den Grundlagen und erklärt unser Geldsystem so wie es ist und nutzt dafür insbesondere die deskriptiven Teile von MMT wegen ihrer soliden wissenschaftlichen Basis. Denn MMT ist die einzige Geldtheorie, die empirisch die Praxis von Banken, Zentralbanken und Finanzministerien studiert und das Geld auf seinem Weg durch die Bilanzen verfolgt. Und in der Tat werden diese Ergebnisse von den jüngsten Zentralbankpublikationen von Europäischer Zentralbank, Bundesbank und Bank of England bestätigt, während sie gleichzeitig explizit Grundannahmen der bisherigen Mainstream-Geldtheorie widersprechen.

Der deskriptive Teil von MMT wird uns helfen zu verstehen welche unterschiedlichen Formen von Geldschöpfung es gibt, wie die Hierarchie zwischen Staat und Bankensystem aussieht und welche unauflösbare Beziehung zwischen Geld und Schulden besteht. Als Einstieg werden nun die Grundregeln unseres Geldsystems in Kürze vorgestellt. Die sich daraus vielleicht ergebenden Fragen und Zweifel werden in der langen Version dieses Artikels beantwortet. Dort finden sich auch Informationen über den supra-nationalen Euro, der die komplexere Version einer staatlichen Währung darstellt. Dennoch treffen auch auf ihn die untenstehenden Grundregeln für modernes Geld zu.

Modernes Geld – Das wichtigste in fünf Punkten

1. Unser Geld wird nicht durch einen anderen Wert, wie zum Beispiel Gold oder Silber garantiert und begrenzt. Auf unseren 50 Euro-Scheinen steht nicht: „Die Zentralbank verspricht ihnen für diesen Schein 1 Unze Gold, eintauschbar in jeder Bankfiliale“. Wir können mit den 50 Euro nur losgehen und jeweils das kaufen, was zum Preis von 50 Euro angeboten wird. Und wir können unsere Steuern damit bezahlen, denn der Staat, der das Geld herausgibt, verpflichtet sich, das Geld für alle Zahlungen anzunehmen. Diese Art staatliches Geld nennt sich Fiatgeld. Da es nicht an ein knappes anderes Material gebunden ist, kann es theoretisch unbegrenzt erzeugt werden.

2. Der Staat hat das Währungsmonopol und sorgt für den Geldwert. Der Staat bestimmt seine Fiat-Währung und nur er darf diese Währung erzeugen. Das bedeutet auch: zuerst muss der Staat die Währung schöpfen und ausgeben. Nur dann haben die Menschen das Geld, um miteinander Handel

zu treiben, aber auch um Steuern zu zahlen. Der Staat muss also erst Ausgaben tätigen und kann erst danach Steuern erheben – nicht anderes herum. In der aktuellen Corona-Krise können wir in Echtzeit beobachten, dass der Staat uns nicht zuerst besteuern muss, um an das Geld für die zusätzlichen Ausgaben zu kommen. Stattdessen kann er das Geld erzeugen, das er für seine politischen Zwecke braucht. Parlament und Regierung können die notwendigen Ausgaben beschließen, dank des staatlichen Geldschöpfungsmonopols. (Mehr in der langen Version zu den technischen Fragen rund um Staatsanleihen und das Verhältnis von Regierung/Zentralbank/Bankensystem und die politisch gesetzten Grenzen in der Eurozone. Wobei im Ergebnis nichts davon etwas an den hier genannten Grundregeln ändert, die sich aus dem staatlichen Währungsmonopol ergeben.)

Aber wenn der Staat Geld schöpfen kann – wieso muss er dann überhaupt Steuern von seiner Bevölkerung erheben? Besteuerung ist nötig, um Inflation zu verhindern. Denn wenn der Staat jedes jährliche Haushaltsbudget neu schöpfen würde ohne gleichzeitig Geld zurückzusteuern, dann gäbe es bald zu viel Geld und Nachfrage in der Wirtschaft. Es gibt Jahre in denen der Staat das ganze Geld, das er ausgibt, auch wieder zurücksteuert – dann spricht man von einem ausgeglichenen Staatshaushalt. Der Staat kann aber auch Überschüsse erzielen, indem er mehr Geld zurücksteuert, als er ausgibt. In so einem Jahr spricht man von einem Haushaltsüberschuss. Aber oft – besonders in wirtschaftlichen Krisenzeiten – entscheidet sich der Staat weniger Geld zurückzusteuern und einen Teil seiner Ausgaben auf den Konten der Leute zu belassen. In den Bilanzen wird dieser Teil dann als Defizitausgaben vermerkt und er summiert sich über die Jahre zu den sogenannten Staatsschulden. In der traditionellen Perspektive wird die Staatsschuld als Problem behandelt. In der Analyse der MMT sind die Staatsschulden aber keine normalen Schulden, wie die von allen anderen. Sondern sie stehen für die Geldschöpfung des Währungsmonopolisten, die als Schulden registriert werden. Es ist das Geld, das der Staat ausgegeben und nicht zurückgesteuert hat – und das daher noch immer in den Bankkonten irgendwelcher Privater steht und deren Ersparnisse bildet. Solange die staatlichen Defizite nicht zu Inflation führen, ist das für sich genommen kein Problem.

3. Der Staat erzeugt seine Währung mithilfe der Zentralbank. Entweder auf Initiative der Regierung zugunsten der Bevölkerung oder auf Initiative der Zentralbank für das Finanzsystem. Die staatliche Institution, die die Währung technisch erzeugt, ist die Zentralbank. Sie kann in einem Fiatgeldsystem theoretisch unbegrenzt Geld schöpfen. Sie kann technisch betrachtet nicht pleitegehen. Es gibt zwei Sorten von staatlicher Geldschöpfung. Eine haben wir gerade schon kennengelernt: Regierung und Parlament entscheiden im demokratischen Prozess über Ausgaben, die an Haushalte und Unternehmen geschickt werden. Sie werden dabei von der Zentralbank nach Maßgabe der gültigen nationalen und supra-nationalen Gesetze unterstützt.

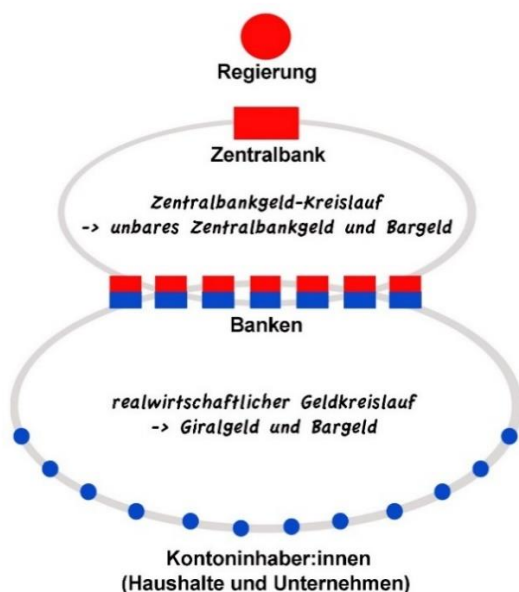
Doch die Zentralbank kann auch in Eigeninitiative Geld schöpfen. Die Zentralbank verfügt aber über viel weniger demokratische Legitimation und schöpft daher selbständig nur Geld für das Funktionieren des Finanzsystems und zur Verfolgung ihrer geldpolitischen Ziele. Das so erzeugte Geld wird im Bankensystem bleiben und nicht auf unsere privaten Konten und in die Realwirtschaft weiterfließen (siehe Punkt 4 und die Grafik). In großen Wirtschaftskrisen können wir meist die Ausweitung beider Sorten staatlicher Geldschöpfung beobachten: Die Zentralbank selbst schöpft große Mengen an Geld zur Stabilisierung des Finanzsystems. Und die Regierung erhöht die Defizitausgaben zugunsten von Haushalten und Unternehmen und belebt damit direkt die Nachfrage und die Realwirtschaft.

4. Wir leben in einem zwei-stufigen Geldsystem. Nicht nur der Staat, auch normale Banken dürfen Geld schöpfen. Obwohl der Staat das Währungsmonopol hat, erlaubt er auch privaten Banken eine Art Geld zu erzeugen. Es ist das Giralgeld, das auf unseren Girokonten und Sparkonten steht und das

wir für Überweisungen nutzen. Dieses Giralgeld ist nicht die echte Währung, sondern nur ein Geld zweiter Ordnung. Es ist ein Versprechen auf Auszahlung. Die Bank verspricht uns, uns unsere Giro-Guthaben jederzeit bar auszuzahlen – oder es zur Bezahlung Dritter für uns weiter zu überweisen. Wir vertrauen diesem Bankengeld, weil wir dafür immer staatliches Bargeld bekommen können und weil der Staat darüber hinaus mit Gesetzen dafür garantiert.

Das Geld, das die Banken schöpfen, heißt Giralgeld oder Bank-Einlagen und nur der private Sektor (also Haushalte und Unternehmen) nutzt es für Überweisungen. Das staatliche Geld heißt dagegen: Währung, Zentralbankgeld oder auch Reserven. Es kommt in ganz materieller Form als Bargeld daher, aber auch in virtueller Form, als Zahlen auf Zentralbankkonten. Der Staat, Banken und Zentralbanken verwenden für ihre Überweisungen untereinander ausschließlich Zentralbankgeld. Das unbare Zentralbankgeld kann nur auf Zentralbankkonten stehen, das Giralgeld nur auf Konten von Geschäftsbanken. Daher vermischen sich die beiden Geldsorten nicht, sondern zirkulieren in getrennten Geldkreisläufen. Nur Bargeld fließt in beiden Kreisläufen und garantiert die Umtauschbarkeit für uns Private. (Siehe Grafik).

Zweistufiges Geldsystem
mit zwei getrennten Geldkreisläufen



5. Geld wird immer in Bilanzen erzeugt und immer in Form eines Kredits, also gleichzeitig mit einer ebenso hohen Schuld. Geld zu erzeugen ist ganz einfach: es wird zusammen mit einer entsprechenden Schuld in die Bilanz einer Zentralbank oder Bank eingetragen. Das Medium unseres Geldes ist die Bilanz, daher ist es seiner Natur nach virtuell, egal ob die Bilanz in einem Bankbuch steht oder in einem Computer. Dennoch hat diese Art der Geldschöpfung ganz reale Folgen: Denn mit der Eintragung des Geldes wird die Partei, der das Geld gutgeschrieben wird, gleichzeitig zur Rückzahlung in der Zukunft verpflichtet, mit allen rechtlichen Konsequenzen. Und die Bank schuldet nun der Kreditnehmerin die Auszahlung des neu geschöpften Geldes oder die Überweisung. Technisch gesprochen wird Geldschöpfung als der Austausch von zwei Forderungen und zwei Verbindlichkeiten bilanziert. Wird Geld an den Geldschöpfer zurückbezahlt, der Kredit also beglichen, erlöschen alle gegenseitigen Verbindlichkeiten und Ansprüche – und damit verschwindet auch das

Geld wieder aus den Bilanzen. Geld entsteht und vergeht damit in Bilanzen, gemäß Bilanzierungsvorschriften, im Rahmen von schuldrechtlichen Verträgen und den dazugehörigen Gesetzen. Und es erzeugt selbst rechtliche Folgen. Wir können also sagen: Geld ist ein Geschöpf der Rechtsordnung. Außerdem folgt aus unserem Bilanzierungssystem eine oft ignorierte, aber unvermeidbare Tatsache: Es muss immer gleichviel Schulden wie Geld geben. Damit eine Partei Geld haben kann, muss eine andere Partei Schulden haben.

Wenn man diese unvermeidlichen Bilanzierungsregeln auf die volkswirtschaftliche Makro-Ebene hebt, kann man die nationale und globale Verteilung von Geld und Schulden studieren. Für jedes Land kann man drei sogenannte Sektoren definieren, wobei jeder Wirtschaftsteilnehmer zu einem von ihnen gehören muss. Es gibt: 1. den privaten Sektor (mit allen Haushalten und Unternehmen), 2. den Staat, 3. das sogenannte Ausland (alle ausländischen Wirtschaftsteilnehmer in allen fremden Staaten). Jeder dieser Sektoren kann entweder mehr Schulden oder mehr Guthaben besitzen und damit entweder Netto-Schuldner oder Netto-Sparer sein. Wenn zum Beispiel der private Sektor in Deutschland Netto-Ersparnisse hat, dann muss der deutsche Staat und/oder das Ausland die dazugehörigen Netto-Schulden haben. Wenn in Deutschland der Staat keine neuen Schulden machen will, aber der Private Sektor will seine Netto-Ersparnisse erhöhen – dann müssen dafür die Schulden im Ausland steigen. Wenn ein Sektor (oder ganzes Land) zusätzliche Ersparnisse haben will muss ein anderer Sektor (oder ganzes Land) zusätzliche Schulden machen. Das ist keine Theorie, sondern Buchhaltung.

2. Hintergrundinformationen

15 Fragen zur Vertiefung

1. Was ist Fiatgeld? Und warum ist es so stabil?

Fiatgeld wird nicht durch irgendeinen anderen materiellen Wert garantiert oder begrenzt. Es ist nicht an ein knappes Material, wie zum Beispiel Gold oder Silber, gebunden und daher kann Fiatgeld theoretisch unbegrenzt produziert werden. Lupenreines, offizielles Fiatgeld haben wir seit 1971. Damals hoben die USA den letzten, indirekten Rest der Goldbindung unserer Währungen auf. Bis zu diesem Zeitpunkt versprach die amerikanische Zentralbank Fed noch für je 35 Dollar eine Unze Gold. Allerdings galt das Versprechen nur für ausländische Zentralbanken, die dem Währungssystem Bretton-Woods angehörten. Und auch nur solange, bis einige europäische Zentralbanken drohten, sich ihre Dollar wirklich in Gold umtauschen zu lassen. In dem Moment hoben die USA die Golddeckung für Auslandsdollars kurzerhand auf, statt sich ihre ganzen Goldreserven abnehmen zu lassen. Und siehe da: auch ohne diesen Rest der indirekten Goldbindung behielten die Währungen ihren Wert. Es war also offensichtlich nicht das Gold, das sie funktionieren ließ. Woher hat das Geld dann aber seinen Wert?

Gemäß der Analyse der Modern Monetary Theory erhält das Geld seinen Wert durch die Besteuerung. Der Staat besteuert seine Bevölkerung und akzeptiert nur seine eigene Währung zur Bezahlung. Daher werden auch die Leute untereinander dieses Geld zur Bezahlung akzeptieren, da alle es brauchen, um Steuern zu bezahlen. Außerdem stellt die Besteuerung sicher, dass genug Geld zum Staat zurückfließt, so dass der Staat neues Geld ausgeben kann, ohne dass die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen so stark steigt, dass Inflation entstehen würde. Im Falle eines Inflationsrisikos könnte die Regierung ganz einfach die Steuern erhöhen, um der Bevölkerung Geld und somit Nachfrage zu entziehen.

Der große Vorteil von Fiatgeld ist: der Staat hat immer Geld, um seine Aufgaben zu erfüllen. Der Staat kann seine Einwohner:innen immer bezahlen, damit sie als Lehrer:innen und Richter:innen arbeiten, aber auch um die nötigen Materialien zu kaufen um Schulen und Gerichtsgebäude zu bauen und zu betreiben. Der Staat kann mit seiner eigenen Währung alle verfügbaren Güter und Arbeitskräfte auf seinem Hoheitsgebiet nutzbar machen – im besten Fall zum Wohle aller. In Demokratien wird staatliches Fiatgeld im demokratischen Prozess geschöpft: Parlament und Regierung beschließen Haushaltsgesetze, um ihre politischen und sozialen Ziele zu verwirklichen. Die daraus resultierenden Ausgaben landen auf den Bankkonten von Haushalten und Unternehmen.

Der Ausdruck Fiatgeld kommt übrigens vom lateinischen Wort „fiat“, was so viel heißt wie: „es werde“. So wie am Anfang der Bibel Gott sagt: „Es werde Licht!“, spricht hier der Staat: „Es werde Geld!“. Obwohl unbegrenztes Fiatgeld auf den ersten Blick verrückt und unsolid erscheinen mag, macht es den Staat tatsächlich stabiler und unabhängiger. Der Staat hat dadurch zum einen immer Geld für die Erfüllung seiner Aufgaben. Zum anderen verspricht er – anders als zu Zeiten des Goldstandards – auch nichts, was er im Krisenfall nicht halten kann oder will. Der Staat garantiert nur, dass er seine Währung immer weiter zur Bezahlung von Steuern akzeptieren wird. Und das tut er. Und wenn die Regierung Staatsanleihen begibt, dann verspricht sie, sie nach Fristablauf wieder in die eigene Währung umzutauschen. Da die staatliche Zentralbank diese Währung unbegrenzt herstellen kann, ist die Rückzahlung immer möglich. Dank Fiatgeld kann die Zentralbank auch unbegrenzt für das Bankensystem garantieren. In einer Bankenkrise reicht es meist den Banken

große Mengen an unbarem Zentralbankgeld zu leihen. Im allerschlimmsten Falle müsste der Staat bei einem großen *bank-run* so viele Geldscheine drucken, bis sich alle wieder beruhigen.

Nach den traditionellen Bilanzierungsregeln wird alle Geldschöpfung, auch die staatliche, mit einer gleichhohen Schuld bilanziert. Aber das darf uns nicht in die Irre führen. Staatsschulden in der eigenen Währung sind dennoch keine normalen Schulden. Es sind die Schulden desjenigen, der das Geld-Monopol besitzt und der folglich immer bezahlen kann. Und es gibt den bilanziellen Gegenpart in Form von Guthaben: dank der Staatsschulden können andere (Teil-)Sektoren wie zum Beispiel die Haushalte Netto-Ersparnisse haben.

2. Was sind die großen Vorteile von Fiatgeld? Und was sind die Grenzen?

Natürlich kann Fiatgeld keine Wunder bewirken. Nur weil ein Staat unbegrenzt Geld herstellen kann, bedeutet das nicht, dass er sich alles leisten und jedes Projekt realisieren kann. Ein Staat kann mit seiner eigenen Währung nur die Ressourcen kaufen und nutzbar machen, die es in seinem Land tatsächlich gibt. Wenn es zum Beispiel keine Bauwirtschaft und keine ausgebildeten Lehrer:innen gibt, dann wird der Staat schnell an seine Grenzen kommen, wenn es darum geht, neue Schulen zu bauen und zu betreiben. Das bedeutet: die tatsächlich im Land verfügbaren Ressourcen sind die Grenze, nicht die eigene Währung. Wenn der Staat mehr Geld schöpft als es Ressourcen gibt, wird er nur Inflation erzeugen. Auf der anderen Seite gilt: solange es noch ungenutzte Ressourcen gibt, kann der Staat Geld schöpfen, um sie zu aktivieren. Das gilt auch für ungenutzte Arbeitskraft, die der Staat bezahlen und zum Wohle der Allgemeinheit einsetzen kann.

Wenn es darum geht, Produkte aus dem Ausland zu kaufen, werden die Dinge komplizierter, da ein Staat nur den inneren Wert seiner Fiat-Währung durch Besteuerung garantieren kann. Der Außenwert einer Währung hängt dagegen von verschiedenen Faktoren ab, der wichtigste ist jedoch der Export. Und ein Land mit ausreichend Export kann mit der erwirtschafteten Währung Produkte kaufen, die es nicht selbst herstellen kann. Im Gegensatz dazu wird ein armes Land mit wenig Export in Schwierigkeiten geraten, wenn es Produkte importieren muss. Es kann die Devisen nicht durch den Export verdienen und seine eigene nationale Währung wird einen niedrigen Wechselkurs und wenig internationale Kaufkraft haben. Daher könnte es sich gezwungen sehen, Währungen wie Dollar oder Euro von ausländischen Kreditgebern zu leihen, um notwendige Produkte zu importieren. In diesem Fall wird der Staat Auslandsschulden in einer Fremdwährung haben. Und nun gilt das, was in diesem Artikel über Fiat-Währungen und Staatsschulden gesagt wird, nicht mehr. Ein Staat mit Schulden in Fremdwährung wird zu einem gewöhnlichen Schuldner, der von seinen Gläubigern abhängig ist, denn nun schuldet er eine Währung, die seine Zentralbank nicht erzeugen kann. Man muss daher unbedingt zwischen Schulden in der eigenen Landeswährung und Schulden in Fremdwährung unterscheiden, da diese beiden in ihrer Wirkung absolut nicht vergleichbar sind. Wenn man die Schuldenkrisen der letzten Jahrzehnte analysieren, wird man fast immer feststellen, dass Schulden in Fremdwährung dahinterstehen. Oder im Falle Griechenlands: um die neue Konstruktion der Eurozone, die sich noch nicht entschieden hatte, wie sie ihre eigenen Mitgliedsländer behandeln will: als Ausland oder als Teil eines gemeinsamen Währungsraums, für den die Zentralbank ihr Fiatgeld-Privileg unbegrenzt nutzen wird.

Fiatgeld wird die bestehenden globalen Ungleichgewichte und Abhängigkeiten der ärmeren Länder nicht lösen. Um die globale Ungerechtigkeit langfristig zu beseitigen, wäre eine andere internationale Handelsordnung notwendig. Sie müsste es dem globalen Süden erlauben, die eigenen Volkswirtschaften zu schützen und zu entwickeln. Und sie müsste regelmäßige Exportüberschüsse verhindern, als die unvermeidliche andere Hälfte der globalen Schuldenkrise. Denn wenn es um die

Bilanzierung auf der Makroebene geht, sind die Handelsüberschüsse eines Landes zwangsläufig und per Definition die Handelsdefizite (mindestens) eines anderen Landes, wobei das eine Land seine Nettoersparnis und das andere (die anderen) seine Nettoverschuldung erhöht. Die MMT-Analyse kann helfen, dies zu verstehen, ebenso wie die gefährliche Natur von Schulden in Fremdwährung. Und im besten Fall kann MMT ärmere Länder ermutigen, ihren Inlandsmarkt und ihren eigenen Zyklus aus Geldschöpfung, Staatsausgaben und Besteuerung zu stärken und die eigenen Ressourcen, einschließlich unbeschäftigter Arbeitskräfte, für das Land nutzbar zu machen.

Um das Schema einfach zu halten, lassen wir im Folgenden den dritten Sektor Ausland weg und konzentrieren uns auf die Beziehung zwischen dem Staat und dem privaten Sektor. Wobei wir mit dem einfachen Fall einer nationalen Währung beginnen, um uns dann den komplexeren Fall, die supra-nationale Währung Euro anzusehen. Zunächst aber werden wir uns damit beschäftigen, was es bedeutet, in einem zweistufigen Geldsystem zu leben.

3. Warum haben wir zwei Sorten Geld und wieso dürfen private Banken Geld machen?

Man kann sagen, dass es sich bei der Bankengeldschöpfung um ein historisches Überbleibsel handelt. Schon seit der Renaissance hat sich in Europa ein privates Bankwesen entwickelt. In Venedig wurde die Kulturtechnik der doppelten Buchführung erfunden, die sich bis heute nicht grundsätzlich verändert hat. Norditalienische Banken erfanden Konten, Buchgeld und Überweisungen, Londoner Banken dann noch die Kreditgeldschöpfung und das Papiergeld. Schließlich reagierten die Staaten und begannen die Zügel in die Hand zu nehmen: Die Regierung zog das Monopol auf die Ausgabe von Papiergeld an sich und organisierte die Gründung einer Zentralbank, die Zentralbank begann ihr eigenes unbares Geld in Konten zu schöpfen, dann wurden die Banken der Zentralbank unterstellt und schließlich stellten die Zentralbanken von einer teilweisen Golddeckung offiziell auf reines Fiatgeld um, das sie unbegrenzt herstellen können. Das Einzige, was die Staaten im Kern nie angerührt haben, ist das Recht der Banken zur Schöpfung von Giralgeld.

Es entstand daher ein zweistufiges Geldsystem mit zwei Sorten Geld und folgender Arbeitsteilung: Die staatliche Zentralbank macht die eigentliche Währung, das Zentralbankgeld – sowohl als unbares Geld auf Zentralbankkonten als auch als Bargeld. Der Staat benutzt das unbare Zentralbankgeld für seine Ausgaben, Banken nutzen es untereinander zur Abrechnung, die Zentralbank nutzt es zur Absicherung des Bankensystem und die Bevölkerung nutzt Zentralbankgeld in Form von Bargeld. Die Banken dagegen dürfen davon ein Geld zweiter Ordnung ableiten, also das Giralgeld für den privaten Sektor schöpfen. Dafür gab es praktische Gründe: Diese Arbeitsteilung hatte sich eingespielt. Die Geschäftsbanken führten bereits die Konten für Haushalte und Unternehmen, sie hatten Filialen überall im Land und bei der Kreditvergabe kam ihnen zugute, dass sie mit der Wirtschaft und den Gewinnaussichten vor Ort vertraut waren. Gleichzeitig sind die Privaten abgesichert, denn das Giralgeld ist über das Bargeld und weitere Mechanismen und Regulierungen der Zentralbank untergeordnet. Auch der Zins wird über den Leitzins von der Zentralbank kontrolliert. Diese Arbeitsteilung zwischen Staat und privaten Banken scheint vertretbar – solange Banken nichts weiter tun, als Konten zu führen und Kredite an die Privatwirtschaft auszuhändigen, so wie das in den ersten Nachkriegsjahrzehnten der Fall war.

Seit den 1980er Jahren begann allerdings eine Phase der Deregulierung des Finanzwesens. Banken nutzen seither ihr Geldschöpfungsprivileg und ihren privilegierten Zugang zu Zentralbankgeld für stark spekulative und riskante Geschäftsmodelle zur Erzielung hoher privatwirtschaftlicher Gewinne. Solche Geschäftsmodelle führten zur globalen Finanzkrise von 2008, von der sich insbesondere viele europäische Länder bis heute nicht erholt haben. Es gibt inzwischen viele Beschreibungen der

Schäden und Risiken, die das globale Finanzsystem der Allgemeinheit beschert, mit bestimmten Banken, Hedgefonds, Schattenbanken, exorbitantem Derivatehandel, Hochfrequenzhandel oder sogar Geschäftsmodellen wie Cum-Ex oder Cum-Cum, die explizit die Ausbeutung staatlicher Gelder betreiben. Es gibt auch viele Vorschläge sinnvoller Gegenmaßnahmen.

Was das Finanzsystem betrifft möchte sich dieser Text daher darauf beschränken zu unterstreichen, dass Re-regulierung nicht nur nötig, sondern auch möglich ist. Denn obwohl der Finanzsektor in den letzten Jahrzehnten gewachsen ist und sich ausdifferenziert hat, hat sich an der systemischen Hierarchie zwischen Staat und Banken nichts geändert: Der Staat hat noch immer das Währungsmonopol. Rein technisch brauchen Banken daher für ihre Geschäftsmodelle immer staatliches Zentralbankgeld. Dagegen braucht der Staat das Giralgeld der Banken nicht, ein privates Bankensystem ist nicht unverzichtbar. Geld ist ein öffentliches Gut, es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass der Staat zumindest mit genug Kontrolle und Regulierung dafür sorgt, dass die Banken ihr abgeleitetes Geldschöpfungsprivileg nicht zum Schaden der Allgemeinheit einsetzen. Dies gilt umso mehr als es letztlich immer der Staat ist, der in jeder größeren Krise die Banken retten und die Realwirtschaft mit Defizit Ausgaben stützen muss. Und das wiederum ist unvermeidlich, da der Staat nun einmal für ein funktionierendes Finanz- und Wirtschaftssystem zu sorgen hat.

4. Wie entsteht Giralgeld durch Kreditvergabe? Und wie verschwindet es wieder?

Banken schöpfen ihr Giralgeld in erster Linie durch Kreditvergabe. Wie das geschieht, soll hier mit vereinfachten T-Konten veranschaulicht werden: Links werden alle Aktiv-Posten einer Partei eingetragen, bei einem Girokonto also die Guthaben. Rechts stehen dagegen die Verbindlichkeiten, sprich die Schulden. Machen wir ein Beispiel und nehmen wir Folgendes an: Marta nimmt einen Kredit für ein Rennrad auf. Zunächst ist Martas T-Konto leer – sie hat weder Guthaben noch Schulden. Wenn Marta den Kredit bewilligt bekommt, dann schreibt ihr die Bank das neue Geld auf ihrem Konto gut (auf der Aktiv-Seite) und das Geld wird in diesem Moment durch die Eintragung geschöpft. Aber gleichzeitig bekommt Marta auch eine gleichhohe Schuld eingetragen (auf der Passiv-Seite ihres Kontos), die steht für Geld, das sie in der Zukunft zurückzahlen muss.

+	Marta	-

T-Konto Marta vor Kreditvergabe

+	Marta	-
Giralgeld 1000		Kreditschuld 1000

T-Konto Marta nach Kreditvergabe

Marta hat jetzt frischgeschöpftes neues Geld auf ihrem Konto, das sie der Fahrradhändlerin überweisen kann. Bei der Fahrradhändlerin entstehen dadurch Nachfrage und Einnahmen. Wahrscheinlich wird auch sie das Geld weiterüberweisen. Dadurch verschwindet das Geld nicht, es zirkuliert nur immer weiter. Und am Ende des Jahres wird es von Statistiker:innen auf irgendeinem privaten Konto als zusätzliche Ersparnis (oder technisch: nicht verausgabtes Einkommen) gezählt. Durch Martas Kredit ist also bei anderen Wirtschaftsteilnehmer:innen Nachfrage, Einkommen und Ersparnis entstanden. Marta selbst besitzt nun ein Fahrrad, aber was ihr Konto betrifft, so ist das Geld weg und es verbleiben ihr nur die Schulden. Ihr Nettovermögen beträgt nun -1000 Euro.

Aber einige Monate später nimmt Marta wieder 1000 Euro ein. Dann sieht ihr Konto wieder aus wie in Abbildung 2. Und wenn sie sich dann entscheidet, die 1000 Euro an die Bank zurückzahlen –

dann verschwinden beide Einträge wieder von ihrem Konto, so wie sie damals gemeinsam erschienen sind. Das Guthaben von 1000 Euro verschwindet, weil sie damit die Schuld an die Bank zurückzahlt. Und dadurch verschwindet natürlich auch die Schuld von 1000 Euro von der Passiv-Seite – denn die ist ja nun beglichen. Und wir sind wieder zurück in der Ausgangssituation von Abbildung 1. Jetzt gibt es wieder 1000 Euro Giralgeld weniger auf der Welt. Aber auch 1000 Euro weniger Schulden.

5. Ist die Bank reich, weil sie unbegrenzt Giralgeld schöpfen kann?

Aus Sicht der Bank ist die Fähigkeit Giralgeld zu schöpfen weit weniger eindrucksvoll als für uns Privatmenschen. Wenn wir uns das vereinfachte T-Konto der Bank ansehen, dann verstehen wir auch bald warum. Zunächst sehen wir, dass beide Parteien je zwei Einträge erhalten haben, die sich spiegelbildlich verhalten. Das Guthaben der einen ist jeweils die Schuld der anderen.

+	-	+	-
Bank		Marta	
Forderung aus Kredit 1000	Giralgeld 1000	Giralgeld 1000	Kreditschuld 1000
<i>T-Konto Bank nach Kreditvergabe</i>		<i>T-Konto Marta nach Kreditvergabe</i>	

Wenn wir nun das Augenmerk auf das Konto der Bank legen, dann sehen wir, dass sie auf ihrer Aktivseite einen Anspruch auf Rückzahlung gegen Marta erhalten hat. Das Giralgeld selbst aber, das für Marta ein Aktivum darstellt, ist aus Sicht der Bank eine Schuld. Denn die Bank hat sich mit der Eintragung verpflichtet es Marta bereitzustellen, also es ihr auszuzahlen oder es für sie an eine andere Bank weiter zu überweisen. In beiden Fällen braucht die Bank dafür Zentralbankgeld, das sie nicht selbst herstellen kann, sondern das sie sich von der Zentralbank gegen den Leitzins leihen muss. Giralgeld stellt also für die Bank eine Schuld dar, die ihr auch reale Kosten verursacht.

Im Moment der Buchung des neuen Geldes bekommt die Bank also auch einen gleichhohen Eintrag rechts wie links auf ihr T-Konto. Das nennt sich eine Bilanzverlängerung und sie lässt das Eigenkapital unverändert. Was hat die Bank aber dann überhaupt von der Geldschöpfung? Es ist der Zins, den die Bank für die Kreditvergabe nimmt, der für die Bank und ihre Bilanz den Unterschied machen wird. Diesen Teil haben wir aber in unserem Beispiel weggelassen, um die T-Konten so simpel wie möglich zu halten und auf den Prozess der Geldschöpfung als solchen zu fokussieren.

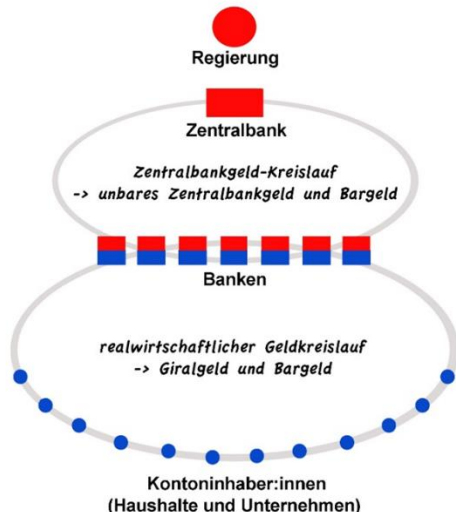
Wenn Marta schließlich ihren Kredit zurückzahlt, dann verkürzt sich die Bankbilanz wieder, denn auch beide Einträge im T-Konto der Bank erlöschen. Denn die Forderung auf Rückzahlung auf der Aktiv-Seite ist nun beglichen. Und die Schuld, das Giralgeld für Marta auszuzahlen oder weiter zu überweisen, besteht nach der Rückzahlung auch nicht mehr. Daher „bekommt“ die Bank bei Rückzahlung kein Giralgeld von Marta, stattdessen verliert sie eine Schuld – gemeinsam mit einer Forderung.

Was wir uns an dieser Stelle vor allem merken: in einem Kreditgeldsystem wird das Geld immer als Schuld der Geldschöpferin (der Bank) in die Bilanz gebucht. Und wenn Geld an die Geldschöpferin (die Bank) zurückgezahlt wird, dann erlischt die Schuld wieder – und damit auch das Geld.

6. Wenn es zwei getrennte Geldkreisläufen gibt – wie kommen dann die Staatsausgaben in den Giralgeld-Kreislauf und damit in die Realwirtschaft?

In einem zweistufigen Geldsystem stellt sich folgendes Problem: Die Regierung nutzt für ihre Staatsausgaben nur Zentralbankgeld. Die Staatsausgaben sollen aber an Haushalte und Unternehmen geschickt werden, die kein Konto bei der Zentralbank haben und daher auch kein Zentralbankgeld empfangen können. Privatpersonen haben nur Konten bei Geschäftsbanken, können also nur Giralgeld haben. Wie also kommen die Staatsausgaben in einem zweistufigen Geldsystem zu den Leuten? Es sind die Banken, die das Problem lösen müssen, und zwar indem sie das Zentralbankgeld sozusagen in Giralgeld übersetzen. Wenn die Regierung der Bürgerin B. ihre Rente überweisen will, dann schickt sie staatliches Zentralbankgeld auf das Zentralbankkonto der Bank von Bürgerin B. Die Bank behält das Zentralbankgeld dann selbst auf der Aktivseite ihrer Bilanz und schöpft dafür dieselbe Menge an Giralgeld, indem sie es der Bürgerin B. auf deren Konto gutschreibt. Für die Bank ist das eine Bilanzverlängerung, die ihr Eigenkapital nicht verändert. Die Notwendigkeit, eine Geldsorte in die andere zu übersetzen, führt jedoch insgesamt zu einer doppelten Geldschöpfung: Erst steigt die Zentralbankgeldmenge im Zuge der staatlichen Ausgabe und dann noch einmal die Giralgeldmenge durch die Übersetzung. Wenn wir Steuern zahlen, passiert dasselbe umgekehrt. Die Bürgerin B. schickt Giralgeld ab. Die Bank löscht das Giralgeld vom Konto der Bürgerin B. und schickt stattdessen selbst Zentralbankgeld an den Staat weiter. Für die Bank verkürzt sich dadurch ihre Bilanz wieder.

Zweistufiges Geldsystem
mit zwei getrennten Geldkreisläufen



Mit den Banken als Übersetzerinnen überwinden Staatsausgaben und Steuern die Grenze der beiden getrennten Geldkreisläufe. Dagegen bleibt das Giralgeld, das die Banken schöpfen im unteren Giralgeld-Kreislauf und das Zentralbankgeld, das die Zentralbank für das Finanzsystem schöpft, bleibt im oberen Zentralbankgeld-Kreislauf (siehe Grafik). Die Sache mit den zwei Kreisläufen klingt sehr technisch, ist aber hilfreich, um zu verstehen, warum verschiedene Arten der Geldschöpfung so unterschiedliche Folgen haben. Und die Kreisläufe sind wichtig, um die Rolle der Staatsanleihen zu verstehen, wie wir im Folgenden sehen werden.

7. Welche Rolle spielen Staatsanleihen bei der staatlichen Geldschöpfung?

Staatsanleihen sind Schuldscheine des Staates. Der Staat macht seine Schulden zu Wertpapieren, indem er sie verbrieft und an Banken und Private verkauft. Warum tut er das? Gemeinhin denken wir, er tut das, um das Geld zu bekommen, das er für seine Staatsausgaben braucht. Diese verbreitete Fehlannahme rührt her vom fehlenden Verständnis unseres zweistufigen Geldsystems. Die MMT-Analyse zeigt dagegen: Der Staat ist derjenige mit dem Währungsmonopol und der unerschöpflichen Zentralbank – wieso sollte dieser Staat sich das Geld von privaten Akteuren besorgen müssen, die diese Geld-Privilegien nicht besitzen? Und obendrein: woher sollten die Banken und Investor:innen das Geld haben, um den Staat zu finanzieren? Zumal wenn man bedenkt dass man mit dem Giralgeld der Banken gar keine Staatsanleihen kaufen kann. Staatsanleihen sind ausschließlich gegen Zentralbankgeld zu haben – dem Geld, das nur die staatliche Zentralbank herstellen kann.

Staatsanleihen führen uns auf eine falsche Fährte. Tatsächlich haben Staatsanleihen nicht den Sinn Geld für den Staat aufzutreiben, das er sonst nicht hätte. Staatsanleihen haben technische Funktionen im Finanz- und Wirtschaftssystem. Die wichtigste ist: Die Zentralbank braucht die Staatsanleihen, um die Geldmenge im Zentralbankgeld-Kreislauf zu regulieren, die sich durch die Staatsausgabe als Nebeneffekt erhöht. Die Zentralbankgeldmenge ist wichtig, um einen positiven Leitzins setzen zu können. Denn wenn zu viel Zentralbankgeld im Finanzsystem zirkuliert, sind die Banken kaum mehr darauf angewiesen, sich immer wieder kurzfristige Kredite zum jeweils aktuellen Leitzins bei der Zentralbank zu besorgen. Wir haben oben (in Frage 6) gesehen, dass Banken im zweistufigen Geldsystem immer das Zentralbankgeld in Giralgeld übersetzen müssen. Das führt zu einer gleich doppelten Geldschöpfung. Im Fall von Defizit Ausgaben erlischt nicht dieselbe Menge Zentralbankgeld wieder durch die Steuerzahlungen. Und so führen Defizit Ausgaben zu einer dauerhaften Erhöhung der Geldmengen in beiden Geldkreisläufen. Beabsichtigt ist aber nur, die Nachfrage im unteren realwirtschaftlichen Kreislauf zu unterstützen. Der Anstieg der Zentralbankgeldmenge ist dagegen eine unerwünschte Nebenwirkung. Indem aber gleichzeitig immer Staatsanleihen in der Höhe des staatlichen Defizits an die Banken verkauft werden, saugen die Staatsanleihen das überflüssige Zentralbankgeld wie ein Schwamm wieder auf. Und so müssen die Banken weiter regelmäßig Kredite zum Leitzins bei der Zentralbank nachfragen.

Lange Zeit war der Leitzins das wichtigste Werkzeug für die Geldpolitik der Zentralbanken. In einer Null-Zins-Phase wie der aktuellen wären Staatsanleihen für die Zentralbanken somit verzichtbar. Aber zum einen hoffen viele noch auf eine Rückkehr der Zinsen in der Zukunft und ein Comeback der „normalen“ Geldpolitik. Und ganz generell sind Staatsanleihen aus dem Finanzsystem schwer wegzudenken. Sie sind die sicherste mögliche Anlageform und unverzichtbarer Teil des Geschäftsmodells von Banken und Versicherungen.

Auch private Sparer:innen schätzen Staatsanleihen. Und hier kommt ein weiterer Aspekt ins Spiel: In ökonomisch prosperierenden Zeiten helfen Staatsanleihen, die von Banken an Private weiterverkauft werden, Inflation entgegenzuwirken. Es ist wie bei der Steuerzahlung. Wenn private Anleger:innen Staatsanleihen von der Regierung kaufen, übersetzen wiederum die Banken in der Mitte. Sie streichen Giralgeld und schicken Zentralbankgeld weiter. Auf diese Weise wirken die Staatsanleihen wie ein Schwamm sowohl gegen das überflüssige Zentralbankgeld der Banken. Sie ziehen aber auch einen Teil des Giralgelds, das durch die Defizit Ausgaben geschaffen wurde, wieder aus dem Verkehr. Das Geld der Privaten verschwindet nicht, wie bei der Steuerzahlung, aber es wird für eine festgesetzte Zeit eingefroren. Die Leute tauschen ihr flüssiges Giralgeld gegen eine feste Anlage und verschieben somit ihren Konsum für einen berechenbaren Zeitraum. Dadurch bleibt die Nachfrage in der Realwirtschaft stabil, was inflationären Tendenzen entgegenwirkt.

8. Wie sieht die Geldschöpfung der Regierung im einfachsten Falle aus? Zum Beispiel in Kanada?

In Kanada können Finanzministerium und Zentralbank die staatliche Geldschöpfung direkt unter sich ausmachen. Wie das funktioniert, schauen wir uns jetzt in etwas vereinfachter Form an, als anschauliches Zwei-Personen-Stück: Stellen wir uns vor, die kanadische Finanzministerin braucht für die Regierungspolitik 50 Milliarden kanadische Dollar. Dann kann sie deswegen direkt zum kanadischen Zentralbankchef gehen und ihm als Gegenwert Staatsanleihen im Wert von 50 Milliarden kanadischen Dollars ausstellen. Und der Zentralbankchef schreibt der Finanzministerin dafür 50 Milliarden brandneue kanadische Dollar in Zentralbankgeld auf das Regierungskonto gut. In der Form der vereinfachten T-Konten würde dieser Geldschöpfungsprozess so aussehen:

+ Zentralbank -		+ Regierung -	
Staatsanleihen 50 Mia	Zentralbankgeld 50 Mia	Zentralbankgeld 50 Mia	Staatsanleihen 50 Mia

T-Konten nach Geldschöpfung durch Verkauf von Staatsanleihen an Zentralbank

Wir sehen hier eine sehr ähnliche Situation wie in den T-Konten bei der Giralgeldschöpfung zugunsten von Marta: Geldschöpferin und Empfängerin tauschen spiegelbildliche Aktiva und Passiva. In diesem Beispiel erzeugt die Zentralbank 50 Milliarden kanadische Dollar, indem sie sie als Aktivum in das Zentralbankkonto der Regierung einträgt. Als Gegengewicht bekommt die Regierung aber auf die Passiv-Seite auch eine gleichhohe Schuld eingetragen, denn sie hat sich mit der Staatsanleihe verpflichtet, nach Ablauf der Laufzeit der Staatsanleihe 50 Milliarden kanadische Dollar zurückzubezahlen.

In das T-Konto der Zentralbank werden dieselben Dinge andersherum eingetragen: Bei ihr kommen die Staatsanleihen im Wert von 50 Milliarden kanadischen Dollar auf die Aktiv-Seite, denn sie geben der Zentralbank das Recht, nach Ablauf der Frist, Geld von der Regierung zu verlangen. Aber auch die Zentralbank ist eine Schuld eingegangen. Sie hat sich verpflichtet der Regierung 50 Milliarden kanadische Dollar bereitzustellen und sie bei Bedarf bar auszuzahlen oder – wahrscheinlicher – für die Regierung weiter zu überweisen. Wieder wird das frisch geschöpfte Geld als Schuld der Geldschöpferin registriert. Und wieder haben beide Parteien Verbindlichkeiten ausgetauscht, wobei die Schuld der einen, jeweils das Aktivum der anderen wurde.

Die T-Konten zeigen die so entstandene Bilanzverlängerung für beide Parteien: plus 50 Milliarden links, minus 50 Milliarden rechts. Das Nettovermögen ist hinterher exakt so hoch wie vor den Buchungen. Bei der Zentralbank bleibt die Bilanzverlängerung bestehen, bis die Schuld aus der Staatsanleihe zurückgezahlt wird (oder die Zentralbank selbst die Staatsanleihe an den Bankensektor weiterverkauft). Dann verkürzt sich die Bilanz wieder. Bei der Regierung ist das anders, ihre Bilanzverlängerung ist nur eine Momentaufnahme, ihr Nettovermögen wird sich schnell verändern. Denn die Regierung wird das Geld bald an die Empfänger:innen der Staatsausgaben weiterüberweisen. Das Geld wird – übersetzt von den Banken – zu Einnahmen und Ersparnis auf den Konten von Haushalten und Unternehmen und wird in der Realwirtschaft zirkulieren. In der Regierungsbilanz bleiben dagegen 50 Milliarden neue Schulden gegenüber ihrer eigenen Zentralbank – oder gegenüber den Banken, an die die Staatsanleihen weiterverkauft werden. Denn wahrscheinlich wird die kanadische Zentralbank die Staatsanleihen weiterverkaufen – damit sie ihre Schwammfunktion im Bankensystem ausüben können.

9. Von Kanada bis zur Euro-Zone – ist staatliche Geldschöpfung wirklich so einfach?

Länder haben eine gewisse Freiheit bei der Ausgestaltung ihres Währungsmonopols und ihres Fiatgeld-Systems, ohne die nötigen Grundkonstanten zu verändern. Insbesondere können die Beziehungen zwischen dem Finanzministerium, der Zentralbank und dem Bankensektor variieren und die Reihenfolge, in der Geld und Staatsanleihen zwischen ihnen ausgetauscht werden. Oft ist es den Regierungen – anders als in Kanada – nicht erlaubt ihre Staatsanleihen direkt an die Zentralbank zu verkaufen. Stattdessen müssen sie sie an die Banken verkaufen. Das hat den Vorteil, dass die Staatsanleihen direkt dort platziert werden, wo sie ihre Funktion als Geldschwamm entfalten sollen, nämlich im Bankensystem. In den USA zum Beispiel kommen erst die Defizit Ausgaben der Regierung, die von der Zentralbank ausgeführt werden, wodurch neues Geld entsteht. In einem unabhängigen Schritt werden dann Staatsanleihen in gleicher Höhe an die Banken verkauft. In anderen Staaten muss zunächst die Zentralbank das nötige Geld machen, indem sie Banken Kredite gibt. Und mit diesem neuen Geld kaufen die Banken dann Staatsanleihen.

Was immer gleich bleibt: es ist die Zentralbank, die das neue Geld macht, mit dem die Defizit Ausgaben getätigt und die Staatsanleihen gekauft werden – denn ansonsten fehlt das dafür nötige Zentralbankgeld im System. Und es sind immer die staatlichen Institutionen, die diesen Prozess kontrollieren. Wenn Regierungen gesetzlich verpflichtet sind, ihre Anleihen nur an das Finanzsystem zu verkaufen, gibt das den Banken keine Macht über die Regierungen, wie man vielleicht meinen könnte. Denn in Ländern mit einer nationalen Währung kann die Zentralbank das Verhalten der Banken sehr genau steuern. Tatsächlich hat die Zentralbank nicht nur einen Leitzins, sondern drei, und indem sie diese geschickt einstellt, kann sie sicherstellen, dass die Banken die ihnen zugedachte Rolle im Prozess spielen und die Anleihen zu dem von der Zentralbank diktierten Zinssatz abnehmen. Die Zentralbank braucht also nicht das Recht, Anleihen direkt von der Regierung zu kaufen, um die Zahlungsfähigkeit der Regierung zu garantieren. Sie kann genauso gut im Hintergrund die Fäden ziehen und dafür sorgen, dass das Zentralbankgeld auf dem Umweg über die Banken bei der Regierung ankommt.

Allein in der Eurozone sind die Dinge viel komplizierter. 19 Länder der Europäischen Union teilen sich eine Fiat-Währung und eine Zentralbank, die Europäische Zentralbank (EZB). Es ist ein Experiment ohne Vorbild und die Verträge, die die Regeln für den Euro und die EZB festsetzen, sind ein Kompromiss. Sie sind geprägt vom Misstrauen, andere Staaten könnten das Geldschöpfungsprivileg der Zentralbank zu ihren Gunsten überstrapazieren und Inflation für alle erzeugen. Um den Euro zu ermöglichen, verpflichteten sich daher die Länder zu einer Reihe von Einschränkungen, die die Defizit Ausgaben der nationalen Regierungen erschweren oder sogar verhindern. Es wurden Schuldenobergrenzen festgelegt, besonders strenge für Staaten mit hoher Alt-Verschuldung. Außerdem wurde ein künstlicher Markt in den Prozess der staatliche Geldschöpfung implementiert. Die Regierungen müssen ihre Anleihen an die Banken verkaufen - was an sich kein Problem wäre, wie wir oben gesehen haben, da die Zentralbank das nötige Geld für die Banken schöpft, damit die die Anleihen kaufen. Aber das einzigartige Problem in der Eurozone ist, dass die Banken das Geld nehmen und ohne jedes Wechselkursrisiko zwischen 19 verschiedenen nationalen Staatsanleihen wählen können. Diese Ausnahmesituation erlaubt es ihnen, die Zinskosten für einzelne Staaten in die Höhe zu treiben - was im üblichen Fall "eine Währung - eine Staatsanleihe" nicht möglich wäre. In der Folge leiden die hoch verschuldeten Länder der Eurozone nicht nur unter den Schuldenobergrenzen, sondern laufen auch Gefahr, Zinsen in einer Höhe zu zahlen, die die Schulden wie von selbst steigen lassen.

Diese systemischen Probleme zeigten sich offen seit der Euro-Krise im Jahr 2010, die auf die Finanzkrise folgte. Das Startsignal war, dass Griechenland als Teil der Eurozone nicht von der EZB

gerettet wurde. Stattdessen wurde es für zahlungsunfähig erklärt, wie ein Staat des globalen Südens, der in Fremdwährung verschuldet ist. Mit dieser unerwarteten Möglichkeit einer Staatspleite und eines Zahlungsausfalls wurde das Vertrauen in die Verlässlichkeit des Euro-Projekts erschüttert. Der Bankensektor begann, gegen hoch verschuldete Euro-Staaten zu spekulieren und die EZB ließ zu, dass sich die Zinsschere bei den Staatsanleihen verschiedener Länder weit öffnete. Erst 2012 begann die EZB endlich zu intervenieren, nachdem die Verschuldung einiger Euro-Staaten allein auf Grund der unkontrollierten Zinsen weiter angeschwollen war. Mitten in der Wirtschaftskrise wurde das Euro-Regime mit seinen Verschuldungs-Regeln zu einem Austeritäts-Programm, das in weiten Teilen der Eurozone Investitionen und Aufschwung hemmte.

Die merkwürdige Situation eines Marktes für Staatsanleihen in derselben Währung und das Zögern der EZB, Kontrolle über die Zinssätze auszuüben, hat auch zu dem Missverständnis geführt, dass die europäischen Staaten von Banken finanziert werden. Um das noch einmal klarzustellen: Die Eurozone ist ein reines Fiatgeldsystem, in dem die Staaten gemeinsam über das Währungsmonopol verfügen, Bankengeld ist nur ein Geld zweiter Ordnung, das keine Anleihen kaufen, geschweige denn Staaten finanzieren kann. Der Mangel an Geld und Investitionen rührt stattdessen von den Selbstbeschränkungen her, die die Euro-Staaten im Maastricht-Vertrag unterschrieben haben. Leider können diese Regeln nur einstimmig geändert werden, was Änderungen extrem schwierig macht. Infolgedessen plädieren einige Politiker und Parteien in den benachteiligten Ländern für einen Austritt aus der Eurozone, ohne Rücksicht auf die Unwägbarkeiten, die ein solcher Prozess mit sich bringen würde.

10. Wie geht die gefährdete Eurozone mit der Corona-Krise um?

In der Corona-Krise ist in die Eurozone neue Bewegung gekommen, die längerfristigen Perspektiven sind aber noch offen. Die Grundregeln der Eurozone wurden nicht geändert, aber angesichts des offensichtlichen Bedarfs an höheren staatlichen Investitionen und somit einer höheren Staatsverschuldung, haben die Staaten improvisiert und auch innovative Maßnahmen ergriffen: Einige Regeln der Eurozone wie die Schuldenobergrenzen sind vorübergehend ausgesetzt worden. Die EZB stützt die Defizit Ausgaben der Staaten theoretisch unbegrenzt. Mit ihrem Pandemic Emergency Purchase Program (PEPP) hat sie die Zinsen für Staatsanleihen stabilisiert, indem sie garantierte, die Anleihen der Länder vom Bankensektor zu kaufen. Das ist ein klarer Bruch mit der Politik gegenüber Griechenland, Italien und anderen in der Eurokrise nach 2010. Diesmal droht kein Bankrott einzelner Staaten und die Zinsschere hat sich nicht weiter geöffnet.

Dennoch gibt es eine Zinsdifferenz, die die höher verschuldeten Euro-Staaten bei der Bekämpfung der Krise benachteiligt. Und solange die Zinsen höher sind als die Wachstumsraten, wird die Staatsverschuldung wachsen - in Relation zum BIP wie auch in absoluten Zahlen. Viele Staaten haben die begründete Befürchtung, dass die Euro-Zone nach der akuten Corona-Situation hohe Schuldenstände wieder bestrafen wird. So trauen sich die höher verschuldeten Euro-Staaten nicht, so viel Geld auszugeben, wie es die Wirtschaftskrise erfordern würde. Staaten wie Deutschland hingegen haben sich für riesige Konjunkturpakete entschieden, um ihre Wirtschaft zu stabilisieren. Unter diesen Bedingungen ist eine noch größere wirtschaftliche Ungleichheit in der Eurozone aber die logische Konsequenz.

Um die verwundbare Eurozone so widerstandsfähig zu machen wie jedes andere Land mit einer eigenen Fiat-Währung, wäre die Einführung von gemeinsamen Staatsanleihen, den sogenannten Eurobonds oder "Corona-Bonds" am effektivsten gewesen. Damit wären alle spezifischen Probleme der Eurozone ein für alle Mal vom Tisch: der Vertrauensverlust in das Euro-Projekt seit 2010, als Griechenland in den Bankrott geschickt wurde. Die daraus resultierende Zinsspreizung. Ein

Finanzsystem, das seitdem gegen bestimmte Staaten spekuliert. Und die Notwendigkeit der EZB, ihre Maßnahmen zur Verteidigung des Euro immer stärker auszuweiten. Wegen der divergierenden Interessen war es jedoch politisch nicht möglich, eine gemeinsame Verschuldung in Form gemeinsamer Anleihen durchzusetzen. Zudem besteht das Problem, dass so grundlegende Veränderungen wahrscheinlich einer stärkeren demokratischen Legitimation bedürften, möglicherweise mit Vertragsänderungen, institutionellen Veränderungen, Volksabstimmungen.

Anstatt also die Probleme auf der Ebene der Eurozone zu lösen, wo sie ihren Ursprung haben, hat die Europäische Kommission das Heft in die Hand genommen und eine eigene Initiative gestartet. Zum ersten Mal würde die Europäische Union selbst eine beträchtliche Menge an Schulden aufnehmen. Die Kommission gibt Anleihen heraus, Banken und Investoren kaufen sie mit dem von der EZB geschaffenen Zentralbankgeld. Dann gibt die Kommission das Geld an die EU-Regierungen weiter, teils als nicht rückzahlbare Hilfe, teils zu günstigen Kreditkonditionen. Die Staaten können investieren und versuchen, ihre schwächelnden Volkswirtschaften zu retten oder neu zu beleben. Dabei agiert die EU-Kommission währungspolitisch wie eine Bundesregierung, die für ihre Länder Geld schöpft, da einige von ihnen auf Grund des Euro-Regimes nicht mehr in der Lage sind, dies selbst ausreichend zu tun. Auch diese Lösung führt zu einer gemeinsamen Verschuldung (wie die Eurobonds), aber der Vorteil ist, dass die Europäische Union mit ihren Institutionen – Rat, Parlament und Kommission – mehr demokratische Legitimation besitzt und schneller handeln kann. Der Nachteil ist: Die vereinbarte Geldsumme ist für die Dimension der Krise nicht groß genug und die Intervention soll einmalig sein. An der Konstruktion der Eurozone wurden keine Änderungen vorgenommen, so dass eine langfristig tragfähige Lösung noch immer aussteht.

Das große Problem der Eurozone ist, dass die demokratische Legitimation, die Staatsausgaben und mögliche negative Folgen wie Inflation nicht mehr alle auf derselben Ebene liegen - wie das bei einer nationalen Währung der Fall ist. In der Eurozone sind die nationalen Parlamente und Regierungen immer noch die Akteure mit der stärksten demokratischen Legitimation, die daher über Ausgaben und Geldschöpfung entscheiden sollten. Aber im Falle von gravierenden Mehrausgaben einiger Staaten könnte es auch in sparsameren Euro-Staaten unter Umständen zu einer Inflation kommen, obwohl sie nicht von den Ausgaben profitiert haben und nicht gegen diese Politik stimmen können. Die Eurozone selbst hat hingegen keine demokratisch legitimierte staatliche Institution, die über Ausgaben zugunsten von Bürger:innen und Unternehmen entscheiden könnte. Die untaugliche Lösung in den europäischen Verträgen bestand darin, die Ausgaben einfach insgesamt einzuschränken - was aber ebenso eine massive Beschneidung des demokratischen Handlungsspielraums darstellt. Die jüngste provisorische Antwort auf dieses Dilemma ist die Übernahme von Schulden durch die Europäische Kommission. Wir werden sehen, wie sich die Institutionen weiter anpassen werden. Aus ökonomischer Sicht ist es einfach: Ob auf nationaler oder supra-nationaler Ebene, irgendeine staatliche Institution muss die Schulden übernehmen dürfen, sie muss genügend Geld schaffen und es zugunsten der Realwirtschaft ausgeben. Um die momentane Krise zu überwinden und bestenfalls, um unseren Kontinent zukunftsfähig zu machen.

11. Warum sind die Schulden der Regierung nicht vergleichbar mit anderen Schulden?

Alle Arten der Geldschöpfung werden auf die gleiche Weise mit spiegelbildlichen Forderungen und Verbindlichkeiten für beide Parteien bilanziert. Und alle Schulden sehen in den Bilanzen gleich aus, egal ob die Regierung Schulden bei der Zentralbank macht oder Marta bei ihrer Bank. Dennoch sind Schulden in der Realität nicht gleich Schulden. Die Schulden der kanadischen Regierung und die Schulden einer Privatperson wie Marta haben sehr unterschiedliche Konsequenzen. Wenn wir Privatmenschen Schulden haben und sie nicht zurückzahlen können, bekommen wir ernsthafte

rechtliche Probleme. Uns drohen Prozesse, Gerichtsvollzieher, Zwangsvollstreckung. Wir müssen also zusehen, dass wir das geschuldete Geld rechtzeitig irgendwie beschaffen. Denn wir sind nur die armen Nutzer des Geldes und dürfen es nicht selbst schöpfen. Selbst die Geschäftsbanken sind nur Nutzer der eigentlichen Währung und abhängig von den Krediten der Zentralbank. Sie sind pleite, wenn ihr Eigenkapital ins Minus rutscht. Dann entscheiden staatliche Institutionen, ob man sie schließt, rettet oder verstaatlicht.

Die Schulden des Staates sind dagegen anderer Natur. Denn der Staat hat das Währungsmonopol, er darf die Sorte Geld machen, die er schuldet. Die Zentralbank kann im Gegensatz zu einer normalen Geschäftsbank auch nicht pleitegehen. Und wenn die Regierung der Zentralbank Geld schuldet, dann steckt hinter beiden Rollen der Staat. Diesen Unterschied kann man auch sehr schön an unserem kanadischen Beispiel sehen. Wenn die Frist der Staatsanleihen abläuft und die Finanzministerin das Geld zurückzahlen muss – kommt sie dann in Bedrängnis? Nein. Denn die Finanzministerin muss im Gegensatz zu normalen Schuldnern nicht verzweifelt versuchen, irgendwo Geld für die Rückzahlung aufzutreiben, wenn sie keins hat. Sie kann einfach eine neue Staatsanleihe ausstellen und sich vom Zentralbankchef neues Geld machen lassen, mit dem sie dann die alte Schuld begleicht. Alte Schulden werden durch neue Schulden ersetzt. Am Schuldenstand ändert sich nichts, die Höhe der Staatsanleihen bleibt gleich, die Schuld wird einfach nur ein Stück weiter in die Zukunft verschoben. Kein Bibbern, kein Zittern, keine Unsicherheit – der kanadische Zentralbankchef ist gesetzlich verpflichtet mitzuwirken. (Und selbst die Zinsen, die die Finanzministerin an den Zentralbankchef zahlt, fließen am Ende des Jahres in den Regierungshaushalt zurück). Obwohl die staatliche Geldschöpfung ordentlich mit Schuld und Forderung in die Bilanzen der beiden Parteien eingetragen werden, handelt es sich im Grunde um ein Geschäft des Staates mit sich selbst. Er ist aufgrund seines Währungsmonopols gleichzeitig Gläubiger und Schuldner, er schafft das Geld.

An dieser Geschichte ändert sich auch nicht viel, wenn die Zentralbank die Anleihen in der Zwischenzeit an Banken, private Anleger oder sogar ausländische Investoren verkauft hat. Wenn die Anleihen fällig sind, wird die Finanzministerin das Gleiche tun, sie wird alte Schulden durch neue ersetzen: Sie verkauft neue Anleihen, um die Inhaber der auslaufenden zu bezahlen, wer auch immer das ist. Die kanadische Finanzministerin kann die neuen Anleihen wieder an die Zentralbank verkaufen – oder direkt an die Banken, wie in den meisten Ländern. Wenn sie an die Banken verkauft, kann sie sich darauf verlassen, dass die Zentralbank das nötige Geld schöpft, indem sie es den Banken leiht. Mit ihren Leitzinsen wird sie dafür sorgen, dass die Banken das Geld nutzen, um die neu ausgegebenen Anleihen zu kaufen. So ist dafür gesorgt, dass der Staat neue Anleihen immer platzieren kann. So hat die Regierung immer Geld, um fällige Anleihe zurückzuzahlen, unabhängig davon, wer sie hält. Es gibt nur einen Unterschied, wenn der private Sektor die Staatsanleihen hält und das sind die Zinsen – wenn es einen positiven Zins gibt. An Banken und private Investoren muss die Finanzministerin dann Zinsen bezahlen und bekommt das Geld nicht am Ende des Jahres zurück (wie es der Fall ist, wenn die Zentralbank selbst die Anleihen hält). Wenn die Zentralbank hohe Zinsen festsetzen muss, um die Inflation zu kontrollieren, dann könnte das hohe Kosten für den Staatshaushalt bedeuten oder unerwünschte Verteilungseffekte haben. Aber auch in solchen Hochzins-Zeiten hat die Regierung die Möglichkeit die Nutznießer:innen der hohen Zinsen zu besteuern und so für Ausgleich zu sorgen.

12. Müssen Staatsschulden zurückgezahlt werden? Sollten sie zurückgezahlt werden?

Die einzelne Staatsanleihe muss natürlich bei Fristablauf immer zurückgezahlt werden. (Was, wie wir gerade gesehen haben, für einem Staat mit einer eigenen Zentralbank kein Problem ist.) Im Gegensatz dazu muss die Staatsschuld als Ganzes aber nicht zurückgezahlt werden, sondern kann

einfach in den Bilanzen stehen bleiben. Denn es gibt keinen Gläubiger, der auf Rückzahlung wartet. Denn dieses Geld ist ursprünglich durch Eintrag in die staatliche Zentralbankbilanz entstanden. Die Zentralbank ist aber kein normaler Gläubiger, der sein Geld dringend zurückbraucht. Eine Zentralbank ist selbst Teil des Staates und sie kann unbegrenzt neues Geld erzeugen. In ihrer Bilanz hat die Geldschöpfung lediglich eine Bilanzverlängerung bewirkt – die tut niemandem weh. Solange die Regierung es mit der Geldschöpfung nicht übertreibt und keine Inflation entsteht, sind Staatsschulden kein Problem und können einfach friedlich in ihrer Bilanz stehen bleiben. Sie können sogar – immer unter dem Vorbehalt, dass die Inflationsraten nicht steigen – moderat weiterwachsen.

Die Staatsschulden friedlich stehen zu lassen, liegt auch im wohlverstandenen Eigeninteresse der Privaten. Denn tatsächlich sind Staatsschulden nur die bilanzielle Rückseite von privaten Ersparnissen. Die Staatsschulden sind entstanden, als der Staat Ausgaben machte und sie nicht in derselben Höhe zurückgesteuert hat. Den Staatsschulden stehen also Guthaben gegenüber, die der Staat dem privaten Sektor überlassen hat. Wollte der Staat nun die Staatsschuld zurückzahlen, müsste er die privaten Guthaben zurücksteuern. Der Staat müsste über Jahre Haushaltsüberschüsse erzielen, also Steuereinnahmen, die über den jährlichen Staatsausgaben liegen und dafür die Ersparnisse der Privaten reduzieren. Nur so würden die Staatsschulden wieder aus der Bilanz verschwinden, in die sie ursprünglich eingetragen wurden. Aber ist es das wert? Die individuellen Unannehmlichkeiten einmal bei Seite gelassen, gibt es eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass die Wirtschaft darauf negativ reagiert. Haushalte und Unternehmen werden auf die höhere Steuerlast und die geringeren staatlichen Investitionen pessimistisch reagieren. Sehr bald würde also nicht nur der staatliche Sektor, sondern auch der private Sektor sparen. Dadurch würden Nachfrage und Realwirtschaft, die bereits durch den spendenden Staat unter Druck sind, noch mehr leiden. Spätestens wenn dann eine Rezession einsetzt, wäre das Experiment der Staatsschuldenrückzahlung wohl wieder vorbei und der Staat würde neue Defizitausgaben beschließen um die Wirtschaft zu stützen.

Tatsächlich wurden Staatsschulden in der Regel auch nicht zurückgezahlt. Nur die sogenannte Staatsschuldenquote ist immer wieder gesunken. Die Staatsschuldenquote ist eine Art die Staatsschulden prozentual, also relativ zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) darzustellen. Das heißt, es reicht, wenn das BIP steigt, damit die Staatsschuldenquote sinkt. Die Staatsschulden in absoluten Zahlen sinken dagegen so gut wie nie. Sie werden – entgegen allen bekundeten guten Willens – nicht zurückgezahlt, da jeder ernsthafte längerfristige Versuch in einer Rezession enden würde. Denn letzten Endes bedeutet das Zurückzahlen der Staatsschulden eine Reduktion der existierenden Menge staatlichen Geldes. In allerletzter Konsequenz würde die Rückzahlung aller Staatsschulden bedeuten, alles Geld von den Konten der Privaten und Banken zu holen und in der großen staatlichen Bilanz erlöschen zu lassen, aus der es ursprünglich gekommen ist. Alle Schulden wären weg und mit ihnen alles Geld.

13. Wann entsteht Inflation? Und warum ist auch Deflation ein Problem?

Inflation bedeutet, dass das Geld an Wert verliert, weil die Güter und Dienstleistungen immer mehr kosten. Zu Inflation kommt es, wenn die Nachfrage stärker steigt als die Menge der Güter und Dienstleistungen. Die Geldmenge ist dabei nur einer von mehreren Faktoren. Es kommt auch darauf an, ob die Menschen ihr Geld sparen oder ausgeben. Solange die Geldmenge steigt, aber die Menschen das zusätzliche Geld nur auf ihren Konten horten, passiert gar nichts. Genauso wichtig ist, ob die Produktion der Güter und Dienstleistungen steigt oder sinkt. Wenn die Produktion der realen Werte mit der Nachfrage Schritt hält, bleibt der Geldwert ebenfalls stabil. Wenn wir zunächst von externen Schocks absehen, so entsteht Inflation dann, wenn die Produktion an ihre Grenzen stößt,

weil alle Fabriken ausgelastet sind und Vollbeschäftigung herrscht. Dann steigen die Löhne, das treibt die Preise. In so einem Fall versucht die Zentralbank mit ihrem Leitzins die Geldschöpfung der Banken zu bremsen. Ein hoher Zins soll verhindern, dass Unternehmen und Private immer weitere Kredite aufnehmen, um am Boom mitzuverdienen. Denn tatsächlich ist es oft die Geldschöpfung der Banken, die in guten Zeiten zum Selbstläufer wird und inflationär wirkt.

Nun hat der Staat grundsätzlich zwei Möglichkeiten, um auf Inflation zu reagieren und die Nachfrage zu senken: Zum einen kann die Zentralbank die Zinsen so stark erhöhen, dass die Kreditnachfrage und damit die Giralgeld-Produktion der Banken sinkt. In einer überhitzenden Wirtschaft, in der viel Kredit nachgefragt und investiert wird, kann die Erhöhung des Leitzinses für Abkühlung sorgen. Aber die Zentralbank muss vorsichtig vorgehen, um nicht durch zu starkes Bremsen eine Rezession auszulösen. Die Modern Money Theory empfiehlt daher zur Inflationsbekämpfung besser gezielt die Steuern erhöhen, um die Nachfrage zu senken. Wobei auch die Regierung darauf achten muss, dabei keinen zu starken Nachfrageeinbruch auszulösen.

Die Gefahren einer Rezession dürfen auf keinen Fall unterschätzt werden. Denn bei steigender Arbeitslosigkeit bricht bald die Nachfrage ein. Weil es weniger Nachfrage gibt, wird weniger produziert und noch mehr Menschen werden entlassen. Die Probleme von zu geringer Nachfrage und Arbeitslosigkeit verstärken sich wechselseitig. Dieser Fall geht in der Regel mit Deflation einher. Die Preise werden gesenkt, um doch noch irgendeine Käuferin zu finden. Sinkende Preise machen die Produktion noch weniger rentabel. Deflation, wenn sie erst einmal ernsthaft eingesetzt hat, führt zu einer Abwärtsspirale, gegen die der Leitzins der Zentralbank machtlos ist. Denn wo es keine Nachfrage und keine Gewinne mehr gibt, ist auch ein Kredit zum Null-Zins für ein Unternehmen ein zu großes Risiko. In so einer Situation sparen Haushalte, Unternehmen und Banken und verschlimmern die Situation somit immer weiter. Jetzt ist es nur noch die Regierung, die die Nachfrage und damit den Arbeitsmarkt retten kann. Denn der Staat muss keinen Gewinn machen, er muss seine Schulden nicht zurückzahlen und kann daher als einziger antizyklisch agieren und gegen den Strom schwimmen.

Nun erleben wir aber gerade eine Inflation, die nicht von steigenden Investitionen und steigenden Löhnen getrieben wird, sondern von externen Schocks. Die Corona-Krise und der Ukraine-Krieg haben die weltweite Produktion und die Lieferketten beeinträchtigt, so dass weniger Waren und Dienstleistungen zur Verfügung stehen. In der Corona-Krise haben die Staaten zudem ihre Geldschöpfung ausgeweitet, um die Rezession abzufedern und Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Auch für die Ukraine-Krise braucht der Staat zusätzliches Geld. Die weltweite Nachfrage ist damit potenziell gestiegen. Zusätzlich treibt der Ukraine-Krieg einen der wichtigsten Preise – den für Energie – immer weiter nach oben. Ein gewisser Anstieg der Inflation scheint in dieser Situation unvermeidlich. Denn die äußeren Umstände verhindern, dass die Produktion sich durch Ausweitung an die Nachfrage anpasst. Das momentane Inflationsgeschehen beruht auf globalen Ereignissen und Preisentwicklungen, die westliche Zentralbanken nicht beeinflussen können. Es besteht daher – insbesondere in der empfindlichen Eurozone – ein hohes Risiko durch Zinserhöhungen eine Rezession auszulösen, ohne das Inflationsproblem zu lösen. Am Ende könnten die Regierungen gezwungen sein erst recht und noch mehr Geld zu schöpfen und zu verteilen, um soziale Härten zu vermeiden.

Es gilt sich klarzumachen, dass in bestimmten Situationen eine mittlere Inflation das kleinere Übel sein kann, im Vergleich zu einer schweren Rezession. Denn während die Inflation vor allem die Ersparnisse bedroht, bedroht die Rezession die Arbeitseinkommen, die in ihrer Bedeutung für die allermeisten Menschen entscheidender sind. Zwar wird auch die Kaufkraft der Arbeitseinkommen reduziert, aber es gibt die Möglichkeit, diejenigen, die sich die Lebenshaltungskosten aufgrund der steigenden Preise nicht mehr leisten können, gezielt zu unterstützen.

Ganz grundsätzlich geht es bei der derzeitigen Inflation um eine zu hohe Nachfrage nach Ressourcen, die aufgrund internationaler Ereignisse knapper geworden sind. Um für eine gerechte Verteilung des Vorhandenen zu sorgen, ist auch die politische Deckelung des Konsums denkbar, indem zum Beispiel der Verbrauch fossiler Energie beschränkt wird oder die steigenden Getreidepreise durch die Einschränkung des Fleischkonsums entlastet werden. Dafür braucht es natürlich demokratische Mehrheiten.

14. Was sagt eigentlich die neoklassische Konkurrenz? Und wieso macht Kreditgeld einen so großen Unterschied?

In den Ökonomie-Lehrbüchern stehen meist noch Geld-Modelle der neoklassischen Theorie. So werden zum Beispiel immer noch „Banken als Finanzintermediäre“ beschrieben und die Formel des „Geldschöpfungsmultiplikator“ gelehrt – obwohl die Zentralbanken inzwischen beiden Konzepten explizit widersprechen und erklären, dass sie mit der Bilanzierung und der Praxis im Bankensystem nicht übereinstimmen.

Bei der Vorstellung von „Banken als Finanzintermediären“ wird angenommen, dass Banken fremdes Spargeld an Kreditnehmer weiterverleihen. Banken würden das Geld also nur dorthin umleiten, wo es gebraucht wird. Dadurch wird Geld zu einer Ware wie jede andere, die angeboten und nachgefragt wird und so ihren Preis bekommt (den Zins). Mit dieser Prämisse kann die neoklassische Theorie auch davon ausgehen, dass Geld „neutral“ sei, also keine eigenständigen Wirkungen hervorruft und insbesondere Konsum und Arbeitslosigkeit gar nicht beeinflusst. Gleichzeitig betont diese Theorie die Wichtigkeit des Sparens. Erst muss jemand sparen, damit überhaupt jemand investieren kann. Mit dieser Vorstellung von Geld lässt sich z.B. Austeritätspolitik begründen und die Vorstellung, dass ein Staat sich „gesund sparen“ könnte.

Der Geldschöpfungsmultiplikator wiederum ist eine Formel, mit der man berechnen können soll wie stark die Banken Geld vermehren können, indem sie Spargeld weiterverleihen. Die Möglichkeit das Spargeld zu multiplizieren, würde nach dieser Formel vom Angebot an Zentralbankgeld bestimmt und begrenzt werden. Das hieße, dass die Giralgeldmenge von der Zentralbank kontrolliert werden könnte und nicht abhängig wäre von realwirtschaftlicher Nachfrage. Tatsächlich können die Zentralbanken die Giralgeldmenge aber nicht über ihr Zentralbankgeld steuern oder sogar kontrollieren. Es ist sogar umgekehrt: die Ausweitung der Giralgeldmenge durch die Banken und deren Nachfrage nach Zentralbankgeld, lässt die Zentralbankgeldmenge steigen. Die Banken sind zwar abhängig von der Zentralbank, weil sie immer deren Zentralbankgeld brauchen – gleichzeitig kann die Zentralbank es ihnen aber nach einer ordnungsgemäßen Kreditvergabe nicht verweigern. Sie kann nur extern den Leitzins setzen (der daher kein Marktpreis für Geld ist) und versuchen so indirekt die Ausweitung der Giralgeldschöpfung zu bremsen. (Siehe Deutsche Bundesbank Monatsbericht April 2017, Seite 15-32).

Diese Fragen wirken zunächst abstrakt und technisch. Sie haben aber weitreichende Implikationen. Denn wenn man das Geld der Banken – wie in diesem Text dargestellt – als reines Kreditgeld versteht, dann bedeutet das, dass nicht erst gespart werden muss, weil die Investition durch Kredit finanziert werden kann. Auf diese Weise entsteht auch Nachfrage und die Ersparnis Dritter, die es sonst nicht gegeben hätte. Das Kreditgeld der Banken ist somit alles andere als neutral, es ermöglicht in guten Zeiten Dynamik und Wachstum. Weil seine Produktion aber von der Nachfrage nach Krediten abhängig ist, ist es auch extrem krisenanfällig. Denn im Moment der Krise will niemand mehr einen Kredit haben – und selbst wenn, wird die Bank ihn wegen schlechter Rückzahlungsprognosen nicht bewilligen. Stattdessen werden vermehrt Kredite zurückgezahlt. Das bedeutet aber, dass Geldmenge und Nachfrage weiter sinken. Kreditgeld braucht Gewinne und wirkt

damit prozyklisch. In der Krise ist Kreditgeld ein Teil des Problems und kann bei der Lösung nicht helfen. Und auch ein Leitzins von null Prozent und die Flutung der Banken mit Zentralbankgeld führt in einer richtigen Rezession nicht zu mehr Kreditvergabe.

Vor diesem Hintergrund wird es umso wichtiger die staatliche Geldschöpfung durch Defizit Ausgaben in den Fokus zu rücken. Mit der dargestellten Analyse sind Defizit Ausgaben viel mehr als nur Staatsschulden. Sie sind auch: die Mutter aller Geldschöpfungen. Die demokratische Geldschöpfung zu politisch hoffentlich sinnvollen Zwecken. Und die einzige antizyklische Geldschöpfung, die Geld unter die Leute bringen kann, wenn es niemand sonst mehr kann.

15. Mehr zur Modern Monetary Theorie?

Entwickelt wurde MMT seit den 1990er Jahren von Ökonom:innen und Finanzmarktpraktikern in den USA wie Randall Wray, Warren Mosler, Stephanie Kelton, Pavlina Tcherneva und in Australien, William Mitchell. Der wichtigste deutsche Vertreter ist Dirk Ehnts, dessen Buch „Geld als Kredit“ für diesen Artikel besonders wichtig war und dessen T-Konten Darstellung ich übernommen habe. MMT-Ökonom:innen nehmen Bezug auf folgende historische Vorläufer und deren Ideen: Abba Lerner (Inflation und Arbeitslosigkeit sind entscheidend, nicht die Staatsschuld), Georg Friedrich Knapp (Geld bekommt seinen Wert über die staatliche Besteuerung), Alfred Mitchell-Innes (Kreditgeld kommt mit gleichhoher Schuld), John Maynard Keynes (die Ausgaben der einen, sind immer die Einnahmen der anderen), Wynne Godley (Einnahmen=Ausgaben auch auf der Sektoren-Ebene), Hyman Minsky (Kreditgeld führt zu Krisenanfälligkeit des Finanzsystems).

MMT hat einen deskriptiven Teil, in dem der Ist-Zustand des Geldsystems analysiert wird. Die Methodik besteht in der empirischen Verfolgung der Praxis in Finanzsystem und Finanzministerien, sowie der Verfolgung der Buchungsvorgänge zwischen allen privaten und staatlichen Akteuren. Analysiert werden darüber hinaus die Salden der verschiedenen Sektoren (Privat, Staat, Ausland), was der Buchhaltung auf Makro-Ebene entspricht. Nach dieser Methodik sind die Ergebnisse von MMT auch falsifizierbar, eine Seltenheit in den Wirtschaftswissenschaften. Es gibt, was diesen deskriptiven Teil angeht, von keiner Seite wissenschaftlich fundierte Einwände. Es ist dieser deskriptive Teil der MMT, den ich in diesem Artikel überblicksweise darzustellen versucht habe.

Daneben gibt es aber auch einen normativen Teil, in dem MMT-Ökonomen aus ihrer Analyse Schlussfolgerungen für die sinnvolle Steuerung von Geld- und Fiskalpolitik ableiten oder sogar weitergehende Veränderungen anstoßen. Dieser Teil der Theorie führt verständlicherweise oft zu Widerspruch und Polemiken, da er politisch weitreichende Implikationen mit sich bringt. Dabei wird der Widerspruch aber meist generalisiert und überdeckt die fehlenden Argumente gegen den deskriptiven Teil. Hier der Vollständigkeit halber, einen Überblick über den normativen Teil der MMT: MMT-Ökonom:innen sind sich einig, dass die Höhe der Staatsschuld für sich genommen unerheblich ist und keine größere Beachtung verdient. Stattdessen möge man direkt auf die Zahlen zu Arbeitslosigkeit und Inflation schauen. Denn das sind die beiden realen Phänomene, die eigentlich gesteuert werden sollen. Der Fokus auf die Staatsschuld ist dabei sinnlos, da sich eine Kausalität zwischen Staatsschuld und Inflation empirisch nicht nachweisen lässt. Damit kommen MMT-Ökonom:nnen zu der provozierenden Schlussfolgerung: solange es keine signifikante Inflation gibt, kann der Staat sein Geldschöpfungsmonopol nutzen und Geld für seine demokratisch beschlossenen Politiken ausgeben. Vorzugsweise solle er das über die Schaffung von Arbeit tun. Zugespißt heißt es daher manchmal bei MMT-Ökonom:innen auch: Ist die Arbeitslosigkeit zu hoch, ist die Staatsverschuldung zu niedrig. Was die Geldpolitik angeht, sagen MMT-Ökonom:innen, dass Inflation besser über Steuern als über den Leitzins bekämpft wird und werden sollte. Denn ein hoher Leitzins bremst die Realwirtschaft oft so stark herunter, dass die Arbeitslosigkeit hinterher steigt. Der Leitzins

als Instrument wäre somit verzichtbar, und die Zahlung von Zinsen keine Notwendigkeit, sondern eine politische Entscheidung.

MMT-Ökonom:innen haben aber auch noch einen sehr konkreten und gesellschaftlich weitreichenden Vorschlag in der Tasche, den ich hier nur anreißen kann, die sogenannte MMT-Job-Garantie, die die beiden wichtigsten Probleme der Geld- und Fiskalpolitik gleichzeitig lösen soll: Arbeitslosigkeit und Geldwertstabilität. Die MMT-Jobgarantie sieht das Recht auf einen staatlich garantierten Arbeitsplatz für alle vor, die arbeiten können und wollen und keinen Arbeitsplatz finden. Sie würde wie ein starker automatischer Stabilisator für die Wirtschaft wirken. In Rezessionen würden viele Menschen aus dem privaten in den öffentlichen Sektor der Jobgarantie überwechseln – die Nachfrage würde daher weniger stark zurückgehen, Deflation würde vermieden. Zu einer Inflation würden die nötigen Defizit Ausgaben nicht führen, da zum einen durch die zusätzlich eingesetzte Arbeit auch zusätzliche Dienstleistungen entstehen würde. Zum anderen würden die Angestellten im Rahmen der Jobgarantie einen staatlich festgesetzten Lohn bekommen, der generell wie ein Preisanker im Arbeitsmarkt wirken würde. Wenn wieder eine wirtschaftlich gute Phase einsetzt, würden mehr Menschen in den privaten Sektor wechseln. Private Arbeitgeber:innen könnten aus einem Reservoir von berufstätigen, weitergebildeten und attraktiven Arbeitskräften im öffentlichen Sektor schöpfen, so dass auch in Boom-Phasen die Erhöhung der Löhne und Preise erst mit Verzögerung einsetzen würde. Sollte es trotzdem dazu kommen, kann der Staat mit Besteuerung Nachfrage aus dem System nehmen.

Unabhängig davon, was man von der Job-Garantie hält, ganz generell erweitert die MMT-Analyse den demokratischen Spielraum. Der Staat hat Geld, weil er Geld machen kann. Staatsschulden sind kein Problem an und für sich, sondern die Rückseite der Geldschöpfung. Damit verschiebt sich der Focus von der Frage der Finanzierung auf die Frage der Gestaltung. Auch für zukünftige Krisen und anstehende Transformationsprozesse im Rahmen des Klimawandels macht diese Geldtheorie Mut. Sie zeigt uns auf, dass wir die Mittel haben die Zukunft zu gestalten.

Dieser Text beruht auf den jahrzehntelangen Studien von Ökonom:innen der Modern Monetary Theory (MMT) und bedient sich insbesondere der Bilanzperspektive, die Dirk Ehnts in seinem Buch „Geld und Kredit: eine €-päische Perspektive“ benutzt. Es gibt Überschneidungen dieses Textes mit dem Buch der Autorin zum Thema moderne Geldtheorie, das voraussichtlich im Frühjahr 2023 im Westend Verlag erscheint.

Glossar

Bargeld: das Geld in seiner materiellen Form, also Scheine und Münzen. Es wird vom Staat ausgegeben und ist das offizielle gesetzliche Zahlungsmittel. Bargeld ist ein Teil des Zentralbankgeldes. Erst die Umtauschbarkeit in Bargeld gibt dem Giralgeld seinen Wert. Bargeld zirkuliert als einzige Geldsorte sowohl zwischen Banken und Zentralbank als auch durch die Realwirtschaft.

Defizitausgaben: die Ausgaben, die der Staat im Rahmen seines Haushaltes tätigt und die nicht durch gleichhohe Steuereinnahmen gedeckt sind. Immer, wenn der Staat Defizitausgaben macht, muss die Zentralbank eine entsprechende neue Menge Zentralbankgeld bereitstellen, da das nötige Geld sonst nicht im System ist. Das Geld für die Defizitausgaben kann auf Anweisung der Regierung direkt von der Zentralbank durch die entsprechenden Zahlungen an private Empfänger geschöpft werden (USA). Oder die Zentralbank kann es der Regierung gegen Staatsanleihen gutschreiben (Kanada). Oder die Zentralbank kann es den Banken leihen, die es dann wiederum der Regierung für Staatsanleihen überlassen (Euro-Zone). In jedem Falle führen Defizitausgaben zu staatlicher Geldschöpfung und das neugeschöpfte Geld landet als Guthaben auf den Konten von Haushalten und Unternehmen.

Fiatgeld: das vom Staat herausgegebene Geld, das nicht durch irgendeinen materiellen Gegenwert, wie z.B. Gold, gedeckt ist. Fiatgeld ist spätestens seit 1971, als die USA den letzten Rest der Goldbindung aufhoben, der internationale Normalfall des Geldes. Es hat den Vorteil, dass jeder Staat sein eigenes Geld frei schöpfen kann und technisch nicht pleitegehen kann, solange er sich ausschließlich in seiner eigenen Währung verschuldet. Die Zentralbank kann darüber hinaus dank Fiatgeld in Finanzkrisen unbegrenzt für das Bankensystem garantieren.

Haushaltsüberschuss: Von einem **Haushaltsüberschuss** spricht man, wenn die Steuereinnahmen des Staates in einem Haushaltsjahr über den Staatsausgaben liegen. Haushaltsüberschüsse ermöglichen theoretisch das Erlöschen von Staatsschulden und gelten daher als wünschenswert.

Haushaltsüberschuss bedeuten aber auch, dass in diesem Jahr mehr Geld aus dem privaten Sektor zum Staat geflossen ist, als vom Staat zum privaten Sektor. Die Netto-Ersparnisse des privaten Sektors reduzieren sich daher in der entsprechenden Höhe. Mehrere **Haushaltsüberschüsse** in Folge lassen die Staatsverschuldung sinken – reduzieren aber gleichzeitig die Netto-Ersparnis des privaten Sektors im gleichen Maße.

Giralgeld (auch Buchgeld): die Guthaben, die wir Privaten auf der Aktiv-Seite unserer Giro- und Sparkonten stehen haben. Es wird von den Banken erzeugt, und zwar immer dann, wenn sie Kredite an Haushalte und Unternehmen vergeben oder ihnen einen Wert abkaufen. Für die Banken stellt unser Giralgeld eine Schuld auf Auszahlung oder Überweisung uns gegenüber dar. Deswegen steht es auf der Passiv-Seite der Bankbilanz. Das Giralgeld zirkuliert zwischen Haushalten und Unternehmen in der Realwirtschaft und fragt dort echte Güter und Dienstleistungen nach.

Kreditgeld: alles Geld, das durch eine Schuld erzeugt wird und einen Rückzahlungsanspruch begründet. Die simpelste Form von Kreditgeld ist ein Schuldschein, der nicht eingelöst, sondern weitergegeben wird. Das Gegenteil von Kreditgeld ist Warengeld, also Geld, das seinen Wert aus sich selbst bezieht. Das können Edelmetalle sein, aber zum Beispiel auch Zigaretten in Kriegszeiten. Kreditgeld kann immer dann erschaffen werden, wenn neues Geld für ein mögliches Geschäft gebraucht wird, die ausreichend sichere Aussicht auf Rückzahlung genügt. Dadurch wird wirtschaftliche Dynamik und Wachstum erst möglich. Gleichzeitig schafft Kreditgeld Unsicherheit. Denn wenn die Zukunft schlechter läuft als gedacht, die Rückzahlungen stocken, dann werden die Schulden zu einem wirtschaftlichen Problem für den einzelnen und für die gesamte Wirtschaft.

Leitzins: der Zinssatz, den die Zentralbank von den Geschäftsbanken für ihr Zentralbankgeld verlangt. Die Banken geben den Leitzins mit Risikoaufschlägen an ihre privaten Kunden weiter. Bei einer nationalen Währung liegt der Zinssatz für Staatsanleihen nur leicht über dem Leitzins, da diese so sicher sind, wie die Währung selbst. Alle anderen Zinsen orientieren sich je nach Risiko daran. Mit diesen Mechanismen beeinflusst der Leitzins alle Zinsen in einem Währungsraum. Für die Zentralbank ist der Leitzins ihr wichtigstes Instrument. Sie erhöht ihn, wenn die Wirtschaft heiß läuft, die Banken immer mehr Kredite vergeben und Inflation droht. In diesem Fall wirkt er wie eine Bremse. In einer Flaute senkt sie den Leitzins, löst also die Bremse und hofft, dass die Wirtschaft wieder Fahrt aufnimmt. In einer Rezession mit Deflation ist die Zentralbank mit ihrem Leitzins dagegen machtlos, denn auch ein Kredit mit Null-Zins ist zu teuer, wenn Nachfrage und Gewinnerwartung fehlen.

privater Sektor/öffentlicher Sektor: Der private Sektor sind die Haushalte und private Unternehmen (wenn nicht weiter spezifiziert, inklusive der private Geschäftsbanken). Er steht dem öffentlichen Sektor gegenüber, also dem Staat und seinen Institutionen. Als weiterer Sektor gilt das Ausland. Bei der Analyse einer Volkswirtschaft gehört jeder Wirtschaftsteilnehmer zwangsläufig zu einem der drei Sektoren. Wenn man weiß, dass in einem Kreditgeldsystem jedes Guthaben zwangsläufig mit einer Schuld entstanden ist, kann man mithilfe der Einteilung in Sektoren z.B. folgende Frage stellen: Wenn der private Sektor eines Landes 10 Milliarden Netto-Ersparnisse besitzt – wer hat dann die dazugehörigen Schulden? In Frage kommen: der öffentliche Sektor, also der Staat sowie das Ausland.

Staatsanleihen: Schuldscheine des Staates. Sie haben eine Laufzeit, lauten auf eine Währung und bieten in der Regel einen Zins. Bei Anleger:innen sind Staatsanleihen als sicherste mögliche Anlage sehr beliebt, für institutionelle Anleger wie z.B. Versicherungen sind sie unverzichtbar. Entgegen der üblichen Auffassung dienen Staatsanleihen nicht dazu, Geld für den Staat aufzutreiben (er hat das Geldschöpfungsmonopol und die Zentralbank). Technisch dienen Staatsanleihen vielmehr dazu, Liquidität, die durch staatliche Defizit Ausgaben entstanden ist, wieder aus dem Bankensektor zu holen und so die Wirksamkeit des Leitzinses zu garantieren. Staatsanleihen, die an Private weiterverkauft werden, legen einen Teil der Nachfrage still und wirken so zudem antiinflationär.

Staatsschuld: die Summe aller jährlichen Haushaltsdefizite – abzüglich der Haushaltsüberschüsse anderer Jahre. Die Staatsschuld entspricht aber auch dem Geld, das der Staat im Laufe seiner Existenz zugunsten des privaten Sektors geschöpft und nicht zurückgesteuert hat, und somit (wenn man von Geldzuflüssen und -abflüssen aus dem Ausland absieht) der Netto-Ersparnis des privaten Sektors.

Staatsschuldenquote: die Staatsschuld nicht in absoluten Zahlen, sondern im Verhältnis zum Brutto-Inlands-Produkt (BIP). Dadurch sinkt die Staatsschuldenquote automatisch, wenn das BIP steigt. Auch wenn selten Staatsschulden wirklich zurückgezahlt werden, konnte die Staatsschuldenquote in wirtschaftlich guten Zeiten in vielen Staaten immer wieder sinken. Das nennt man auch: „aus den Schulden herauswachsen“. Andererseits steigt die Staatsschuldenquote automatisch, wenn das BIP sinkt, auch wenn keine neuen Schulden aufgenommen werden.

Zentralbank: die Bank des Staates und die Institution, die ganz praktisch die Schöpfung des staatlichen Fiatgeldes durchführt. Die Zentralbank schöpft in Eigenregie das Geld für das Bankensystem und, als sogenannte Geldgeberin der letzten Instanz, kann sie es in Banken Krisen mit unbegrenzten Krediten stabilisieren. Die Zentralbank schöpft aber auch das Geld, mit dem der Staat seine Defizit Ausgaben finanziert. In Staaten wie Kanada kann die Zentralbank direkt mit dem Finanzministerium zusammenarbeiten. Wenn der Zentralbank in ihren Statuten die sogenannte direkte Staatenfinanzierung verboten ist, nimmt das Zentralbankgeld dagegen einen Umweg über die Banken, wobei der Ablauf im Hintergrund von der Zentralbank gesteuert wird. In verschiedenen

Ländern variiert auch der Arbeitsauftrag der Zentralbank. Manche sind allein der Geldwertstabilität verpflichtet (z.B. die EZB), andere gleichzeitig auch der Vollbeschäftigung (die amerikanische Fed). Das wichtigste Instrument, mit dem die Zentralbank ihre Geldpolitik verfolgt und Einfluss auf die Geldschöpfungstätigkeit der Banken zu nehmen versucht ist der Leitzins.

Zentralbankgeld (auch Währung oder Reserven): die eigentliche staatliche (oder supra-staatliche) Währung. Die Zentralbank schöpft es als Bargeld und als unbares Geld auf Konten der Zentralbank. Sie kann es schöpfen, indem sie Kredite an Banken vergibt oder ihnen Werte, wie z.B. Staatsanleihen abkauft oder zusätzlich auch, indem sie der Regierung direkt Staatsanleihen abkauft (z.B. in Kanada) oder indem sie direkt Defizit Ausgaben für die Regierung vornimmt (z.B. in den USA). Regierung, Zentralbank und Banken nutzen untereinander ausschließlich unbares Zentralbankgeld. Das Giralgeld der Banken erhält seinen Wert nur durch die Umtauschbarkeit in staatliches Bargeld. Banken brauchen immer Zentralbankgeld. für die Bargeldauszahlungen an ihre Kunden, für die Abrechnungen und Geschäfte mit anderen Banken sowie für die Mindestreserve. Die Banken bekommen es von der Zentralbank zum Leitzins.

Literatur

Zum Weiterlesen:

Bank of England, Money creation in the modern economy, Quarterly Bulletin 2014 Q1, 2014 [publikumsfreundliche Erklärung der verschiedenen Sorten Geld: Fiatgeld, Kreditgeld, Bargeld, unbares Zentralbankgeld, Giralgeld; Bestätigung der Kreditgeldschöpfung durch Banken.](#)

Binswanger, Mathias (2015), Geld aus dem Nichts: Wie Banken Wachstum ermöglichen und Krisen verursachen, Weinheim: Wiley-VCH Verlag [nur über die Geldschöpfung von Geschäftsbanken und das Verhältnis Banken, Zentralbank. Schöner historischer Teil.](#)

Deutsche Bundesbank (2017), Die Rolle von Banken, Nichtbanken und Zentralbank im Geldschöpfungsprozess, Deutsche Bundesbank Monatsbericht April 2017, 15-32, 2017 [sehr technische Erklärung von: Kreditgeldschöpfung der Banken, Verhältnis Banken und Zentralbank, offizielle Absage an „Banken als Finanzintermediäre“ und Geldschöpfungsmultiplikator](#)
Ehnts, Dirk (2020), Modern Monetary Theory: Eine Einführung, Wiesbaden: SpringerGabler. (Kurze, übersichtliche Einführung auf 40 Seiten.)

Ehnts, Dirk (2020), Geld und Kredit: eine €-päische Perspektive, Marburg: Metropolis-Verlag, 3. überarbeitete Auflage [vollständigste MMT-Darstellung auf Deutsch: Beschreibung von Geldschöpfung der Banken, Zentralbanken und Regierungen, ausführliche Behandlung der Euro-Zone. Das ganze Thema dargestellt streng anhand von T-Konten. Der vorliegende Text ist inhaltlich und formal stark von diesem Buch geprägt, das allerdings für Nicht-Ökonom:innen eine sehr hohe Dichte aufweisen dürfte.](#)

Ehnts, Dirk (2017), „Modern Monetary Theory“ und Europäische Makroökonomie in Berliner Debatte Initial 28 (2017) 3, S. 89-103, 2017 [MMT-Überblick in einem gut lesbaren Artikel](#)

Hermann, Ulrike (2013), Der Sieg des Kapitals: Wie der Reichtum in die Welt kam: Die Geschichte von Wachstum, Geld und Krisen, Frankfurt (Main): Westend Verlag [Sehr unterhaltsame Einführung in eine nachfrage-orientierte Lesart des Wirtschaftsgeschehens, u.a. über Kreditgeld und Goldstandard, Wirtschaftskrisen, Finanzkrise 2008 und die Probleme der Euro-Zone; noch einfacher: die schönen Youtube-Vorträge von UH zu diesem und ihren anderen Büchern.](#)

Hofmann, Alex (2017), Demokratie und Währung: Grundbegriffe einer empirischen Geldtheorie, pdf unter <https://www.pufendorf-gesellschaft.org/grundbegriffe-empirischer-geldtheor>
[Das wichtigste im Überblick mit Grafiken und Bullet-points](#)

Kelton, Stephanie (2020), The Deficit Myth: Modern Monetary Theory and How to Build a Better Economy, London: John Murray [gut lesbares Buch für ein allgemeines Publikum, von der bekannten MMT-Ökonomin und Beraterin von Bernie Sanders; sehr empfehlenswert als Einstieg](#)

Mitchell/Wray/Watts (2016), Modern Monetary Theory and Practice: An Introductory Text
Modern Money Theory: A Primer on Macroeconomics for Sovereign Monetary Systems, Second Edition, 2015 [Lehrbuch für Studierende der Makro-Ökonomie](#)

Mosler, Warren (2017), Die sieben unschuldigen, aber tödlichen Betrügereien der Wirtschaftspolitik, Berlin: lola books [gut zu lesen, mit interessanten Einblicken in die Anwendbarkeit von MMT auf die Finanzmärkte, allerdings stark auf amerikanische Kontexte bezogen](#)

Wray, Randall (2018), Modernes Geld verstehen: Der Schlüssel zu Vollbeschäftigung und Preisstabilität, Berlin: lola books [ein Klassiker der MMT: Geschichte des Geldes, Funktion von Steuern, Defizit Ausgaben und Staatsanleihen, MMT-Job-Garantie, anspruchsvoll](#); siehe auch: [Vortrag auf Youtube](#)

Weitersehen und Hören (Links 14.05.20):

Bezemer, Dirk, Debt 1-4 (University of Groningen) <https://www.pufendorf-gesellschaft.org/debt-1-4>.

Ehnts, Dirk (2019), Eine Einführung in die Modern Money(tary) Theory, Neue Geldordnung <https://www.youtube.com/watch?v=kOGVKoLQwI4>

Ehnts, Dirk (2020), MMT: blessing or curse? Presented at the IIMR/IEA Conference on 'Monetary policy versus fiscal policy; which is best?' <https://www.youtube.com/watch?v=rUzEaEA-6kw>

Ehnts, Dirk (2019), Modern Money Theory – Interview mit Dr. Dirk Ehnts , Money Masters Germany <https://www.youtube.com/watch?v=7I3PrtZ19rQ>

Herrmann, Ulrike (2016), Der Sieg des Kapitals - Vortrag von Ulrike Herrmann in der auto-kultur-werkstatt, <https://www.youtube.com/watch?v=TLkxTjLFx4M>

Herrmann, Ulrike (2020), Herrmann & Schick über Europa und den Crash, Webinar: Krisengespräche, 29.04. 2020, Finanzwende <https://www.youtube.com/watch?v=gm86371DnXE>

Kelton, Stephanie (2020), 2020 Harcourt Lecture, Prof. Stephanie Kelton, <https://www.pufendorf-gesellschaft.org/videos>

Kelton, Stephanie (2018), But How Will We Pay for It? Making Public Money Work for Us, Presidential Lecture Series, Stony Brook University, 15.10.2018, <https://www.youtube.com/watch?v=WS9nP-BKa3M>

Kelton, Stephanie (2018), The Public Purse, UCL Institute for Innovation and Public Purpose (IIPP) and the British Library, 18.06.2018, <https://www.youtube.com/watch?v=6IBeWSiTHc>

Kelton, Stephanie (2018), Top 10 Things Stephanie Kelton Wants You to Know About the Economy, <https://www.youtube.com/watch?v=RpyuqKLh6QU>

Wray, Randall (2019), Everything You Want to Know About Modern Monetary Theory, Bloomberg Markets and Finance, <https://www.youtube.com/watch?v=7sd-EIKMbPI>

Wray, Randall (2018), Modern Money Theory for Beginners, St. Francis College <https://www.youtube.com/watch?v=E5JTn7GS4oA>

Websites/Blogs (14.05.20):

Pufendorf Gesellschaft: <https://www.pufendorf-gesellschaft.org/modern-money>

Hamburg Open Online University, „Was ist Geld?“ <https://was-ist-geld.de/einfuehrung/>

Blog: Ehnts, Dirk: <https://econoblog101.wordpress.com/>

Blog: Mitchell, Bill: <http://bilbo.economicoutlook.net/blog/>

Quellen

- Bank of England (2014)**, Money creation in the modern economy, Quarterly Bulletin 2014 Q1
- Bell (Kelton), Stephanie (1998)**, "Can Taxes and Bonds Finance Government Spending?", Levy Economics Institute, July 1998
- Bell (Kelton), Stephanie (2001)**, "The role of the state and the hierarchy of money", Cambridge Journal of Economics, Vol. 25, 2001, pp. 149–163
- Binswanger, Mathias (2015)**, Geld aus dem Nichts: Wie Banken Wachstum ermöglichen und Krisen verursachen, Weinheim: Wiley-VCH Verlag
- Deutsche Bundesbank (2017)**, Die Rolle von Banken, Nichtbanken und Zentralbank im Geldschöpfungsprozess, Deutsche Bundesbank Monatsbericht April 2017, 15-32
- Deutsche Bundesbank Eurosystem (2014)**: Geld und Geldpolitik, Frankfurt (Main): Deutsche Bundesbank
- Ehnts, Dirk (2016)**, Geld und Kredit: eine €-päische Perspektive, Marburg: Metropolis-Verlag
- Ehnts, Dirk (2017)**, „Modern Monetary Theory“ und Europäische Makroökonomie in Berliner Debatte Initial 28 (2017) 3, S. 89-103
- Eichengreen, Barry (2000)**, Vom Goldstandard zum Euro: Die Geschichte des internationalen Währungssystems, Berlin: Klaus Wagenbach Verlag
- Flassbeck, Heiner/Spiecker, Friederike (2007)**, Das Ende der Massenarbeitslosigkeit: Mit richtiger Wirtschaftspolitik die Zukunft gewinnen, Frankfurt (Main): Westend Verlag
- Flassbeck, Heiner/Steinhardt, Paul (2018)**, Gescheiterte Globalisierung: Ungleichheit, Geld und die Renaissance des Staates, Berlin: Suhrkamp Verlag
- Forstater, Mathew / Mosler, Warren (2005)**, The Natural Rate of Interest Is Zero, Journal of Economic Issues, Vol. XXXIX, No. 2, June 2005
- Fullwiler, Scott T. (2008)**, Modern Central Bank Operations— The General Principles, <http://www.cfeps.org/ss2008/ss08r/fulwiler/fullwiler%20modern%20cb%20operations.pdf>
- Galbraith, John Kenneth (2005)**, Der große Crash 1929: Ursachen, Verlauf, Folgen, München: FinanzBuch Verlag
- Gleeson-White, Jane (2015)**, Soll und Haben: Die doppelte Buchführung und die Entstehung des modernen Kapitalismus, Stuttgart: Klett Cotta
- Graeber, David (2011)**, Schulden: Die ersten 5000 Jahre, Stuttgart: Klett Cotta
- Hermann, Ulrike (2013)**, Der Sieg des Kapitals: Wie der Reichtum in die Welt kam: Die Geschichte von Wachstum, Geld und Krisen, Frankfurt (Main): Westend Verlag,
- Hermann, Ulrike (2016)**, Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung: Die Krise der heutigen Ökonomie oder Was wir von Smith, Marx und Keynes lernen können, Frankfurt (Main): Westend Verlag
- Hermann, Ulrike (2019)**, Deutschland ein Wirtschaftsmärchen: Warum es kein Wunder ist, dass wir reich geworden sind, Frankfurt (Main): Westend Verlag
- Hinsch, Stefan/Langthaler Wilhelm (2016)**, Europa zerbricht am Euro: Unter deutscher Vorherrschaft in die Krise, Wien: Promedia Verlag
- Kelton, Stephanie (2020)**, The Deficit Myth: Modern Monetary Theory and How to Build a Better Economy, London: John Murray
- Kelton, Stephanie / Wray, Randall (2009)**, Can Euroland Survive? Levy Economics Institute of Bard CollegePublic Policy BriefNo. 106, 2009
- Keynes, J. M. (2006, 1936)**, Allgemeine Theorie der Beschäftigung des Zinsen und des Geldes, Berlin: Duncker & Humblot
- Kindleberger, Charles P. (2001)**, Manien – Paniken – Crashes: Die Geschichte der Finanzkrisen dieser Welt, Kulmbach: Börsenmedien
- Knapp, Georg F. (1905)**, Staatliche Theorie des Geldes, München, Leipzig: von Duncker & Humblot
- Koo, Richard (2011)**, The world in balance sheet recession: causes, cure, and politics, real-world economics review, issue no. 58, 2011, pp.19-37

- Lerner, Abba (1943)**, Functional Finance and Federal Debt, Selected Economic Writings of Abba Lerner, p.297-310
- Mazzucato Mariana (2018)**, Wie kommt der Wert in die Welt: Von Schöpfern und Abschöpfern, Frankfurt (Main): Campus
- Minsky, Hyman P. (1982)**, Can "It" happen again? Essays on Instability and Finance, Armonk: M.E. Sharpe
- Mitchell, William (2017)**, Dystopie Eurozone: Gruppendenken und Leugnung in großem Stil, Berlin: lola books
- Mitchell/Wray/Watts (2016)** , Modern Monetary Theory and Practice: An Introductory Text
Modern Money Theory: A Primer on Macroeconomics for Sovereign Monetary Systems, Second Edition, 2015
- Mitchell-Innes, Alfred (1913)**, What is Money, The Banking Law Journal, May 1913, 377–408
- Mosler, Warren (2017)**, Die sieben unschuldigen, aber tödlichen Betrügereien der Wirtschaftspolitik, Berlin: lola books
- Schieritz, Mark (2013)**, Die Inflationslüge: Wie uns die Angst ums Geld ruiniert und wer daran verdient, München: Knauer
- Schmidt, Johannes (2011)**, Die Bedeutung der Saldenmechanik für die makroökonomische Theoriebildung, in: Ökonomie und Gesellschaft, Jahrbuch 23, 2011, Herausgegeben von Hagemann/Krämer, Marburg: Metropolis-Verlag
- Tcherneva, Pavlina (2008)**, "Keynes's Approach to Full Employment: Aggregate or Targeted Demand." Working Paper 542. Annandale-on-Hudson, NY: The Levy Economics Institute of Bard College
- Varoufakis, Yanis (2016)**, Das Euro-Paradox: wie eine andere Geldpolitik Europa wieder zusammenführen kann, München: Verlag Antje Kunstmann
- Wray, Randall (2009)**, The Social and Economic Importance of Full Employment, Working Paper No. 560, Annandale-on-Hudson, NY: The Levy Economics Institute of Bard College
- Wray, Randall (2018)**, Modernes Geld verstehen: Der Schlüssel zu Vollbeschäftigung und Preisstabilität, Berlin: lola books

3. Trainingsmaterial

Aktivität 1: Gemeinsam einen Staat gründen

Kurz zusammengefasst:

Die Gruppe gründet einen demokratischen Staat mit einer eigenen Währung. Sie spielt und bilanziert drei Haushaltsjahre mit öffentlichen Ausgaben und Steuern. Die Gruppe beobachtet und diskutiert später, wie sich öffentliche Defizite und private Ersparnisse im Verhältnis zueinander entwickeln.

Was wird gelernt:

- Der Staat hat das Monopol auf die Währung, die Geldschöpfung ist ein Hoheitsrecht des Staates
- das Währungsmonopol des Staates wird durch die Haushaltsgesetzgebung demokratisch ausgeübt
- Staatliche Geldschöpfung muss nach den herrschenden Bilanzierungsregeln als Schulden verbucht werden
- Staatliche Geldschöpfung, die als Staatsverschuldung verbucht wird, landet auf privaten Konten
- Staatsverschuldung und private Nettoersparnis steigen und fallen parallel (unter Ausklammerung des Sektors Ausland)

Benötigte Materialien:

Tafel, farbiges Papier

Spiel, Teil I: Wahl einer Regierung und einer Währung

1. Die Gruppe bildet das Parlament des neuen Staates und wählt Regierungschef:in und Finanzminister:in, Finanzminister:in ernennt Leiter:in der Zentralbank.

2. Das Parlament entscheidet über den Namen der Währung. Regierungschef:in sammelt die Namensvorschläge an der Tafel und lässt abstimmen (im angehängten Beispiel ist der Währungsname: der Modern Money, kurz MM)

3. Politische Entscheidungen werden getroffen und ein erstes Haushaltsgesetz verabschiedet. Regierungschef:in fragt das Parlament nach politischen Zielen. Jede:r Parlamentarier:in nennt ein Ziel, das an der Tafel notiert wird. Finanzminister:in schreibt hinter jedes Ziel z.B. 10.000 MM und addiert dann das Budget. Das Parlament stimmt dem Budget mit Mehrheit zu und verabschiedet damit das erste Haushaltsgesetz des neuen Staates. (im beigefügten Beispiel: 10 Teilnehmer:innen verabschieden ein Budget von 100.000 MM).

4. Ein Steuergesetz wird verabschiedet. Das Parlament entscheidet, wie viel von den Staatsausgaben am Ende des Jahres durch Steuern an den Staat zurückfließen soll. (Tipp für Trainer:in: nicht zu viel erklären, sondern Prozentvorschläge machen. Die Regierung notiert drei Prozentsätze an der Tafel (z.B. 10%, 40% 80%) und lässt abstimmen.

Spiel, Teil II: Erstes Haushaltsjahr mit Staatsausgaben und Besteuerung

1. Geldschöpfung und Ausgaben. Zentralbankchef:in stellt so viele Geldscheine her, wie für die Staatsausgaben dieses Jahres benötigt werden. Finanzminister:in gibt das Geld aus, um die politischen Ziele zu realisieren. In diesem Fall spielt die Gruppe die Bevölkerung und erhält die Staatsausgaben als Sozialausgaben oder Bezahlung für Güter und Dienstleistungen.

2. Die Bilanzierung. Finanzminister:in notiert die staatliche Geldschöpfung als Schulden an der Tafel. Trainer:in erklärt die universelle Bilanzierungsregel: Geldschöpfung wird immer als Schuld des Geldschöpfers notiert.

3. Besteuerung und Jahres-Bilanz. Finanzminister:in zieht die Steuern ein, notiert die Steuereinnahmen an der Tafel und erstellt eine Bilanz für das erste Haushaltsjahr. (Beispiel im Anhang: Steuergesetz mit 10% Besteuerung: die Regierung hat 10.000 MM Steuereinnahmen und somit am Ende 90.000 MM Schulden).

4. Regierungschef:in zählt die Ersparnisse der Gruppe, die jetzt den privaten Sektor repräsentiert, und schreibt sie an die Tafel. (Im Beispiel: 90.000 MM neue Ersparnisse des Privatsektors am Ende des ersten Jahres).

Spiel, Teil III - Zwei weitere Haushaltsjahre: ein ausgeglichener Haushalt und ein Haushaltsüberschuss

Vergleich der Entwicklung der öffentlichen Schulden und der Ersparnisse des privaten Sektors.

Anhang: Bilanzierungsbeispiele für Spieldurchgänge (=3 Haushaltsjahre)

1. Jahr (Beispiel für ein Haushaltsdefizit)

Staatsausgaben:	-100.000 MM
Steuereinnahmen:	+ 10.000 MM
Haushaltsdefizit:	- 90.000 MM
Staatsschuld:	- 90.000 MM
Ersparnisse des privaten Sektors	+ 90.000 MM

2. Jahr (Beispiel für einen ausgeglichenen Haushalt)

Staatsausgaben:	-100.000 MM	
Steuereinnahmen:	+100.000 MM	
Haushaltsdefizit:	0 MM	
Staatsschuld:	- 90.000 MM	bleibt gleich
Ersparnisse des privaten Sektors	+ 90.000 MM	bleibt gleich

3. Jahr (Beispiel für einen Haushaltsüberschuss):

Staatsausgaben:	100.000 MM	
Steuereinnahmen:	+120.000 MM	
Haushaltsüberschuss:	+ 20.000 MM	
(diesjähriges Defizit des privaten Sektors:	- 20.000 MM)	
Staatsschuld:	- 70.000 MM	gesunken
Ersparnisse des privaten Sektors	+ 70.000 MM	gesunken

Aktivität 2. Anschließende Diskussion und Zusammenfassung der Ergebnisse

Diskussion in kleinen Gruppen (zu zweit oder zu dritt) zu folgenden Fragen und Festhalten der Ergebnisse auf farbigen Zetteln.

- Was sind staatliche Defizit Ausgaben? Was bedeutet es für die Ersparnisse von Haushalten und Unternehmen?
- Was bedeutet ein ausgeglichener Haushalt für die Ersparnisse des privaten Sektors?
- Was bedeutet ein staatlicher Haushaltsüberschuss für die Ersparnisse von Haushalten und Unternehmen?
- Welche zwei Möglichkeiten hat die Regierung, wenn eine Inflation droht?
- Welche zwei Möglichkeiten hat die Regierung um die Nachfrage zu stärken, wenn es eine Wirtschaftskrise gibt?
- Was ist Ihnen noch aufgefallen? Welche Zusammenhänge haben Sie beobachtet?

Ergebnisse an der Wand ordnen

Die Kleingruppen hängen die Zettel an die Wand und sortieren sie thematisch.

Wenn die Gruppe Fragen und Einwände zu den fehlenden Elementen (Anleihen, politisch unabhängige Zentralbank, Eurozonen-Beschränkungen et cetera) gefunden hat, können diese an einer anderen Wand aufgehängt werden und werden kurz sortiert und erklärt.

Abschlussdiskussion in der Gesamtgruppe

- Was habt ihr früher über Staatsverschuldung gedacht? Was denkt ihr jetzt?
- Ist Staatsverschuldung gut oder schlecht?
- Ist Staatsverschuldung eine echte Schuld? Wie unterscheiden sie sich von Schulden, die eine Privatperson hat?
- Was ist die Rolle von Steuern? Inwieweit können sie Inflation verhindern?

Tipps für Trainer:

1. Weise die Gruppe immer darauf hin, wenn sie während des Spiels die Rollen wechselt. Sie spielt abwechselnd a). die wählende Bevölkerung, b) das Parlament, das die Regierung wählt und Gesetze macht c). die Bevölkerung als Wirtschaftsakteur, als so genannter privater Sektor, bestehend aus Haushalten und Unternehmen, die staatliche Leistungen erhalten und Steuern zahlen müssen.
2. Stelle von Anfang an klar: Dies ist ein vereinfachtes, aber dennoch sehr aufschlussreiches Beispiel zur staatlichen Geldschöpfung. Fordere die Lernenden auf, fehlende Elemente auf farbigen Zetteln zu notieren, wenn sie ihnen in den Sinn kommen, und sich dann wieder dem Spiel zuzuwenden. Die fehlenden Elemente können an einer ausgewählten Wand in der Diskussion aufgehängt werden und die Trainerin kann sie sortieren und ergänzen.

Hintergrundwissen: Elemente unseres Geldsystems die im Beispiel fehlen:

- Geschäftsbanken/Geldschöpfung der Geschäftsbanken bei der Kreditvergabe
- Zweistufiges Geldsystem (Staatswährung + Fiatgeld der Banken)
- Verkauf von Staatsanleihen an Geschäftsbanken und andere Investoren



- Trennung der beiden staatlichen Institutionen Finanzministerium und Zentralbank/
Verbot der direkten Zusammenarbeit der beiden in vielen Staaten, Umweg über
Finanzmärkte
- Die rechtlichen Selbstbeschränkungen, die die Staaten der Eurozone unterschrieben
haben
- Ausländische Staaten (=das dritte Sektor-Ausland) und das Geld, das von ihnen ein- und
zu ihnen hinausfließt

Das Dazukommen dieser Faktoren machen die Prozesse komplexer, aber keiner von ihnen hebt das staatliche Währungsmonopol und damit die demokratische Geldschöpfungs- und Ausgabenhoheit im Haushaltsprozess auf. Wenn es um den Ausgleich von Staatsschulden und privaten Ersparnissen geht: Nur die Einbeziehung des ausländischen Sektors kann diese Parallelbewegung tatsächlich verändern. Statt zwei haben wir dann drei Sektoren, deren Nettoersparnis und Nettoverschuldung übereinstimmen müssen. Die Defizite von zwei Sektoren (z.B. Staat und Ausland) müssen dann rechnerisch gleich der Nettoersparnis des dritten (in diesem Fall des privaten Sektors) sein.

Zusatzaufgabe für ambitionierte Lernende:

Ambitionierte Lernende können eingeladen werden, die Langversion des Artikels alleine oder in kleinen Gruppen zu verwenden, um herauszufinden, welche Elemente fehlen und warum sie die Ergebnisse des Währungsmonopols, wie sie im Spiel erlebt wurden, nicht verändern. Sie können ihre Ergebnisse vor der ganzen Gruppe präsentieren.

4. Interaktive Übung

Quiz: Was weißt du über unser Geldsystem?

Pro Frage können mehrere Antworten zutreffen.

Welche Sorten von Geld sind Teil unseres Geldsystem?

- Bargeld als Scheine und Münzen (staatlich)
Richtig
- Zentralbankgeld auf den Konten bei der Zentralbank (staatlich)
Richtig
- Das Geld auf unseren Bankkonten, Giralgeld genannt (nicht staatlich)
Richtig

Siehe Überblick, Punkt 3 und 4

Wer schöpft unser Geld?

- Geschäftsbanken (also normale Banken und Sparkassen)
Richtig (das Giralgeld)
- Der Staat
Richtig (das Bargeld sowie das Zentralbankgeld auf den Konten bei der Zentralbank)
- Der Goldesel
Falsch (leider)

Siehe Überblick, Punkt 2, 3, 4 sowie Hintergrundinformationen Fragen 4 und 8

Wodurch bekommt das staatliche Geld seinen Wert?

- Durch die Golddeckung.
Falsch
- Durch die staatliche Rechtsordnung und insbesondere durch das Steuersystem.
Richtig
- Durch die im Land hergestellten Güter und Dienstleistungen.
Richtig (vor allem was den Außenwert der Währung betrifft)

Siehe Überblick, Punkt 1, 2 sowie Hintergrundinformationen, Fragen 1 und 2.

Können wir Normalmenschen ein Konto mit Zentralbankgeld bekommen?

- Nein, denn nur Banken und der Staat können Konten bei der Zentralbank haben.
Richtig
- Nein, wir Normalmenschen können nur ein Konto mit Giralgeld bei einer Geschäftsbank eröffnen. Wenn wir staatliches Geld haben wollen, können wir uns unser Giralgeld in Bargeld auszahlen lassen.
Richtig
- Wenn die Zentralbank den digitalen Euro einführen würde, könnten auch Normalmenschen ein Konto mit staatlichem Zentralbankgeld haben.
Richtig

Siehe Überblick, Punkt 4 sowie Hintergrundinformationen, Frage 3.

Wodurch erhält das Giralgeld der Banken seinen Wert?

- Dadurch, dass wir es jederzeit in staatliches Bargeld eintauschen können.
Richtig
- Durch das Eigenkapital der Banken.
Falsch (das Eigenkapital der Banken deckt nur einen minimalen Teil der Bankeinlagen ab).
- Durch den gesetzlichen Rahmen, Bankenaufsicht, gesetzliche Einlagensicherung und zusätzliche staatliche Garantien im Krisenfall
Richtig

Siehe Überblick, Punkt 4 sowie Hintergrundinformationen, Frage 3.

Wir leben in einem zweistufigen Geldsystem, was bedeutet das?

- Es gibt staatliches Bargeld und unbares Zentralbankgeld.
Falsch
- Es gibt einerseits staatliches Geld (bar und auf Zentralbankkonten) und es gibt andererseits das Giralgeld der Banken.
Richtig
- Der Staat gibt die eigentliche Währung heraus und Banken geben ein Geld zweiter Ordnung heraus, das seinen Wert vom staatlichen Geld ableitet.
Richtig

Siehe Überblick, Punkt 3 und 4 sowie Grafik

Was ist das besondere Geschäftsmodell von Banken?

- Sie schöpfen Giralgeld, indem sie Kredite vergeben.
Richtig
- Sie leiten das Geld der Sparer an die Kreditnehmer weiter.
Falsch
- Sie können verantwortungslos wirtschaften, denn sie werden im Zweifel vom Staat gerettet.
Tja, das könnte man denken, wenn man die Finanzkrise von 2008 betrachtet.

Siehe Hintergrundinformationen, Fragen 3, 4 und 14

Was passiert im Moment der Rückzahlung eines Kredits?

- Das Giralgeld, mit dem der Kredit an die Bank zurückgezahlt wird, erlischt.
Richtig
- Die Bank kann das zurückgezahlte Giralgeld behalten.
Falsch
- Es entsteht neues Giralgeld.
Falsch

Siehe Hintergrundinformationen, Fragen 4 und 5

Wir leben in einem Kreditgeldsystem, was bedeutet das?

- Geld entsteht bei Kreditvergabe, also mit einer gleichhohen Schuld des Kreditnehmers.
Richtig
- Damit jemand schwarze Zahlen (Ersparnisse) haben kann, muss irgendjemand anderes rote Zahlen (Schulden) haben.
Richtig
- Es muss auf der Welt immer so viele Schulden geben, wie es Geld gibt.
Richtig

(Nur für Spezialisten: kleine Abweichungen können sich ergeben, weil Geld auch entsteht und erlischt bei Käufen und Verkäufen zwischen Banken und Nichtbanken)

Siehe Überblick, Punkt 5 sowie Hintergrundinformationen, Fragen 4, 5, 11 und 14.

Warum ist der Staat kein Schuldner wie jeder andere?

- Weil der Staat das Währungsmonopol hat und sich Schulden leisten kann. Er allein darf und muss die eigentliche Währung machen.
Richtig
- Weil die staatliche Zentralbank unbegrenzt Geld schöpfen und nicht pleitegehen kann.
Richtig
- Weil selbst ein Staat der Eurozone aus dem Euro austreten und wieder eine eigene Währung einführen könnte, die er dann unbegrenzt schöpfen kann.
Richtig

Siehe Überblick, Punkt 2 sowie Hintergrundinformationen, Fragen 11 und 12.

Wer schöpft das Geld mit dem Staatsanleihen gekauft werden?

- Die Banken. Sie finanzieren mit dem von ihnen geschöpften Giralgeld den Staat.
Falsch (Giralgeld ist nur ein Geld zweiter Ordnung, für das man keine Staatsanleihen bekommt und mit dem man keine Staaten finanzieren kann.)
- Die Zentralbank, denn Staatsanleihen können nur mit staatlichem Zentralbankgeld gekauft werden.
Richtig
- Die Bürger:innen mit ihren Steuer-Zahlungen.
Falsch (Bürger:innen zahlen Steuern, können aber kein Geld schöpfen.)

Siehe Überblick, Punkt 2 sowie Hintergrundinformationen, Fragen 6, 7, 8, und 9

Welche Funktion haben Staatsanleihen?

- Der Staat verkauft Staatsanleihen, um den Banken überschüssiges Zentralbankgeld abzunehmen.
Richtig. (Ohne Staatsanleihen wäre zu viel Zentralbankgeld im Bankensystem, um einen positiven Leitzins zu setzen.)
- Banken und Versicherungen sind auf Staatsanleihen als sichere Geldanlagen angewiesen.
Richtig.
- Staatsanleihen sind unverzichtbar, damit der Staat das Geld auftreiben kann, dass er nun einmal zum Funktionieren braucht.
Falsch. (Der Staat hat das Währungsmonopol und erzeugt die Währung mit seiner Zentralbank selbst. Staatsanleihen sind ein Teil des komplexen Prozederes im Finanzsystem, aber nicht unverzichtbar.)

Siehe Hintergrundinformationen, Fragen 6, 7, 8, und 9

Was ist das Problem der Eurozone?

- Die Staaten in der Eurozone haben ihr Geldschöpfungsprivileg vertraglich kastriert.
Richtig.
- Die Eurozone selbst hat keine Institutionen, die befugt sind, Geld auszugeben und die Wirtschaft in der Krise zu stabilisieren.
Richtig.
- Es gibt 19 verschiedene Staatsanleihen, weswegen die EZB den Zinssatz nicht so einfach kontrollieren kann wie eine normale, nationale Zentralbank.
Richtig.

Siehe Hintergrundinformationen, Fragen 9 und 10

Welches Problem gäbe es, wenn der Staat tatsächlich seine Staatsschulden zurückzahlen würde?

- Das zurückgezahlte Geld erlischt.
Richtig.
- Die Geldmenge sinkt und damit früher oder später auch die Nachfrage und die Wirtschaftsleistung. Es käme zu einer Rezession.
Richtig.
- Es gäbe keine Probleme, vielmehr käme es ohne Staatsschulden zu einem beachtlichen Wirtschaftsaufschwung.
Falsch.

Siehe Hintergrundinformationen, Fragen 11 und 12

Wie kann man Inflation bekämpfen?

- Inflation ist eine unkontrollierbare Naturgewalt und kann auch in Friedenszeiten jederzeit über uns hereinbrechen.
Falsch.
- Die Zentralbank kann den Leitzins so hochsetzen, dass die Nachfrage nach Krediten und damit die Geldschöpfung der Banken zurückgeht.
Richtig.
- Der Staat kann die Steuern erhöhen. So verringert er die Nachfrage der Privaten und damit den Druck auf die Preise.
Richtig.

Siehe Hintergrundinformationen, Fragen 11 und 14

Warum ist Deflation – ein steigender Geldwert – so gefährlich?

- Im Falle von Deflation werden Investitionen und Konsum aufgeschoben. Die Nachfrage bricht ein.
- Richtig.
- Es kommt zu einer Abwärtsspirale, bei der sich einbrechende Nachfrage und Arbeitslosigkeit immer weiter verstärken.
- Richtig.
- Die Zentralbank ist mit ihrem Leitzins im Falle der Deflation machtlos. Nur Defizitausgaben der Regierung und damit neue Staatsschulden können den Trend durchbrechen.
- Richtig.

Siehe Hintergrundinformationen, Frage 13

Creative commons advice

Author: Monika Stemmer, weltgewandt e.V.



This text is published under the terms of the Creative Commons License: by-nc-nd/3.0/ The name of the author shall be as follows: by-nc-nd/3.0/ Author: Monika Stemmer, funding source: Erasmus+ Programme for Adult Education of the European Union. The text and materials may be reproduced, distributed and made publicly available for non-commercial purposes. However, they may not be edited, modified or altered in any way. Copyright information on images can be found directly under the images.

Disclaimer Erasmus+

The European Commission's support for the production of this publication does not constitute an endorsement of the contents, which reflect the views only of the authors, and the Commission cannot be held responsible for any use which may be made of the information contained therein.